

[Gewerkschaftsjugend am Campus]

DGB
jugend

JOIN!!



**Ist das schon
Klassenkampf?**

**SCHWERPUNKT:
SOLIDARITÄT**



Inhalt

Wohnen und BAföG ✂ 4

»Zwischen Referat und Spätschicht« Deine Rechte
beim Jobben ✂ 6

Wem gehört der Hörsaal? ✂ 14

Was du zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz wissen musst
und Interview mit Ole Nymoen ✂ 16

Weder Kompliment noch Missverständnis ✂ 20

Krise ist, wenn andere Kasse machen ✂ 24

»Die Rechte setzt auf Emotionalisierung, weil sie sonst nicht
viel Handfestes vorzuweisen hat.« Interview mit Daphne Weber ✂ 28

Arbeitslos trotz Uniabschluss? Tipps für den Berufseinstieg ✂ 32

Gewerkschaftsjugend im Porträt – Drei Fragen an ✂ 34

Augen & Ohren auf! ✂ 36

Mehr Gerechtigkeit bitte! – Welcher Typ bist du? ✂ 38

Unsere Bildungsangebote ✂ 40

Wissenschaft unter Druck. Die erste Bildungsstreikwoche Deutschlands ✂ 42

Wir sind die DGB-Jugend. Dein Netzwerk fürs Studium. ✂ 46

Editorial

Ist das schon Klassenkampf? Zwei Drittel der Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten, weil BAföG und Löhne kaum zum Leben reichen. Mieten in Unistädten explodieren so stark, dass viele ihren Studienort nicht mehr frei wählen können. Unsere Generation sendet falsche Signale an Studis und Arbeitnehmer*innen – Misstrauen durch Forderungen nach mehr Arbeitszeit, Krankschreibung nach einem Tag, längerem Arbeiten bis zur Rente. Es wirkt, als wolle das Bingo zur Gängelung der Arbeitnehmer*innen auf Zwang vervollständigt werden.

Aber siehe da: Die Vermögen der Reichsten dieser Welt sind seit 2020 um über 80 Prozent gewachsen, 2025 sogar dreimal so schnell wie in den Jahren davor. Mit 172 hat Deutschland die viertmeisten Milliardär*innen im globalen Vergleich. Von denen übrigens drei Viertel bereits reich geboren wurden. Krise heißt offensichtlich nicht für alle Krise. Manche machen dabei auch richtig Kasse. Der Klassenkampf läuft längst. Nur eben von oben. Wer das benennt, betreibt keine Klassenkampfrhetorik, sondern spricht aus, was ist.

Aktuell steigt nicht nur die soziale Ungleichheit. Rechte Akteure greifen Hochschulen an und verkaufen Einschüchterung als »Neutralität« und fehlende Zustimmung oder Gegenargumente als »Angriffe auf die Meinungsfreiheit«. Meinungsfreiheit bedeutet aber eben auch, eine Vielfalt an Meinungen ertragen zu müssen. Ein Gesetz mit dem freundlichen Namen »Modernisierung« baut still und leise die Wehrpflicht wieder auf und schiebt Verantwortung und Gefahr auf die Schultern der Jugend. Und wer nach dem Abschluss einen Job sucht, landet immer öfter in der Warteschleife.

Die gute Nachricht: Du bist nicht allein. Als Gewerkschaftsjugend setzen wir dem etwas entgegen, das stärker ist als jedes Milliardenvermögen. Solidarität. Klingt erstmal abstrakt, ist aber ziemlich konkret: Beratungen zu Job und Studium, die allen offenstehen, egal welcher Pass in der Tasche steckt. Menschen, die hinschauen und eingreifen, wenn andere belästigt oder diskriminiert werden. Gruppen, die sich gemeinsam gegen die Wehrpflicht organisieren. Studierende und Beschäftigte, die in Göttingen und bundesweit gemeinsam streiken und mittlerweile zehnmal so viele sind wie bei der letzten Tarifrunde. Ein Steuerkonzept, mit dem 95 Prozent weniger zahlen würden. Leute, die widersprechen, wenn »Meinungen« zu Fakten erklärt werden.

In dieser Ausgabe findest du Wissen, Argumente und Geschichten, die zeigen, dass sich gemeinsam etwas bewegen lässt. Doch Verbesserungen sind noch nie vom Himmel gefallen. Sie wurden erkämpft. Von Menschen, die sich zusammengetan haben. Also: Misch dich ein. Werde Gewerkschaftsmitglied. Entscheide mit. Solidarität geht immer und war nie wichtiger! JOIN US!

Nina Krüger,
DGB-Bundesjugendsekretärin



SOLIDARITÄT
GEHT
IMMER!

»Man kann junge Menschen nicht auf diese Art und Weise hängen lassen.«

Die BAföG-Reform war fest versprochen. Dann wurde sie plötzlich wieder in Frage gestellt. Ein Gespräch* über einen zähen Reformprozess, politische Störfeuer und die Frage, ob am Ende eine ganze Bachelor-Generation leer ausgeht.

* Interview vom 21. Juli 2026

Es war ja eine BAföG-Reform angekündigt, versprochen sogar. Worum sollte es darin gehen, welche Verbesserungen waren geplant?

Konkret hatte die Regierung per Koalitionsvertrag mehrere Reformschritte geplant. Zum Wintersemester 2026/27 sollte die Wohnkostenpauschale auf 440 Euro pro Monat angehoben und von da an regelmäßig überprüft werden. Allerdings wurde offengelassen, was das genau heißt. In den Winter-

semestern 2027/28 und 2028/29 sollte jeweils der Grundbedarf angehoben werden und zwar schlussendlich auf Grundsicherungsniveau. Denn das ist ja ein zentrales Problem: Das BAföG liegt immer noch unter dem Existenzminimum und unterhalb der Grundsicherung. Das wollten die Regierungsparteien angehen. Hinzu kamen weitere Vorhaben, etwa den Antrag zu vereinfachen, ihn zu digitalisieren und die Antragsstellung insgesamt zu beschleunigen.

Das war das Versprechen. Wie verlief denn der Reformprozess dann ab?

Versprochen war es, ja. Allerdings muss man dazu sagen, dass alle Planungen im Koalitionsvertrag unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen. Das ist die Hintertür, die sich die Regierung gelassen hat. Der aktuelle Stand: Bis April war Stillstand. Alle warteten auf den Gesetzesentwurf. Zwischen dem zuständigen Bildungsministerium und dem Finanzministerium hatte es geklemmt. Die konnten sich nicht einigen, welches Ressort die Kostensteigerung übernehmen sollte. Dann kam die Meldung, dass sich die Ministerien über die Finanzierung verständigt hätten. Dieser Prozess war insgesamt ärgerlich, aber immerhin gab es ein Licht am Ende des Tunnels. Doch auf einmal kam Jens Spahn um die Ecke und stellte alles in Frage. Mit dem Argument, dass überall gekürzt werde und eine BAföG-Erhöhung unter diesen Umständen

nicht in die politische Zeit passen würde. Daraufhin zog auch Dorothee Bär die Planungen in Zweifel und erklärte, Studierende seien »privilegiert«. Plötzlich stand die ganze Reform auf der Kippe. Zu Recht gab es einen öffentlichen Aufschrei. Daraufhin ruderten die Ministerin und die Regierung zurück und vermittelten uns und der Öffentlichkeit, dass man weiterhin an der Reform arbeite. Etwas später bekannte sich der Kanzler noch einmal zur Reform. Nach diesem ganzen Hin und Her hat die Koalition nun ihren Kompromiss öffentlich bekanntgegeben. Der bleibt hinter den ursprünglichen Planungen zurück. Eine erste materielle Erhöhung gibt es erst zum Sommersemester 2027 bei der Wohnkostenpauschale.

Wie bewertet ihr die Einigung?

Ganz grundsätzlich: Man kann junge Menschen nicht auf diese Art und Weise hängen lassen! Der gesamte Prozess vermittelt ein sehr problematisches Bild. Nämlich, dass junge Menschen kaum politische Priorität besitzen, dass ihre Lebensrealität nicht verstanden wird: hohe Mieten, hohe Lebenshaltungskosten, prekäre Jobkombinationen und ein nicht zu unterschätzender Leistungsdruck während des Studiums. Dass diese Realität sich in politischen Handlungen nicht wiederfindet, ist traurig.

Insgesamt greift die Erhöhung viel zu spät. Zwischen dem Inkrafttreten der letzten BAföG-Novelle 2024 und dem Beginn des Sommersemesters 2027 liegen 2,5 Jahre.

Das ändert sich beim BAföG ab 2027

- **Zum Sommersemester 2027 wird die Wohnkostenpauschale von aktuell 380 auf 440 Euro pro Monat erhöht.**
- **Zum Wintersemester 2027/28 steigt der monatliche Grundbedarf von aktuell 475 auf 503 Euro.**
- **Mit Beginn des Wintersemesters 2027/28 werden die Freibeträge jedes Jahr automatisch um 1,5 Prozent angehoben.**
- **Zum Sommersemester 2029 steigt der monatliche Grundbedarf dann auf 563 Euro.**
- **Ab dem 5. Fachsemester entfällt der Leistungsnachweis.**



Fast eine ganze Bachelor-Generation muss also ohne materielle BAföG-Anhebung auskommen. Zwar ist es gut, dass überhaupt eine Einigung erzielt wurde. Einer erheblichen Zahl der Studierenden hilft das aber überhaupt nicht mehr.

Inhaltlich begrüßen wir natürlich, dass mit der Wohnkostenpauschale endlich was passiert. Auch, wenn uns das nicht ausreicht. Das Gleiche gilt für die Anhebung des Grundbedarfs, die hinter unseren Forderungen zu rückbleibt und zu spät kommt.

Was sind eure konkreten Verbesserungsvorschläge?

An den meisten Hochschulstandorten entsprechen die 440 Euro Miete nicht der Realität des Wohnungsmarktes. In Berlin, München, Frankfurt usw. liegen die Preise für ein WG-Zimmer ca. zwischen 600 und 800 Euro. Deshalb sollte die Wohnkostenpauschale analog zur Wohngeldtabelle geregelt werden, die regionale Unterschiede und die tatsächlichen Mietpreise abbildet. Beim Grundbedarf fordern wir eine Erhöhung um mindestens 200 Euro. Außerdem treten wir dafür ein, dass der Darlehensanteil abgeschafft wird. Das BAföG sollte als Vollzuschuss gezahlt werden, wie es zu seiner Einführung in den 1970er-Jahren einmal war. Perspektivisch fordern wir zudem eine elternunabhängige Förderung. Junge Menschen sollen entsprechend ihrer Interessen und auf Basis freier Entscheidungen studieren können. Die elternabhängige Förderung

steht dem im Wege und löst aufgrund der niedrigen Freibeträge für elterliches Einkommen zusätzlich viele Probleme aus. Allerdings funktioniert ein elternunabhängiges BAföG nur mit einer Steuerreform, die hohe Vermögen und Einkommen entsprechend belastet.



Max Schmidt ist politischer Referent bei der DGB-Jugend. Seine Schwerpunkte sind Studierendenarbeit und -politik.

BAföG bleibt low.



DAS CRAZY.
Armut exmatrikulieren!

#BAföGBesserMachen

WUSSTEST DU, DASS ...?

... nur noch **483.800 Studierende** BAföG erhalten? Das ist der niedrigste Stand seit fast 30 Jahren.

... Studierende mit eigener Haushaltsführung rund **54 Prozent** ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben müssen?

... **35 Prozent** aller Studierenden armutsgefährdet sind? Unter denjenigen, die allein oder ausschließlich mit anderen Studierenden zusammenleben, liegt die Quote sogar bei **77 Prozent**.*

* Die Hälfte der Studierenden, die allein oder in einer WG wohnen, muss mit weniger als 963 Euro im Monat auskommen. Die Armutsgrenze für Alleinlebende liegt aktuell bei 1.446 Euro monatlich.



Zwischen Referat und Spätschicht

Deine Rechte beim Jobben

BAföG unterm Existenzminimum, Mieten und Lebenshaltungskosten, die durch die Decke gehen. Kein Wunder, dass gut zwei Drittel der Studierenden arbeiten. Selbst wer BAföG oder ein Stipendium bekommt, muss häufig abends noch an der Kasse sitzen oder hinterm Tresen stehen. Deshalb solltest du wissen: Auch im Nebenjob hast du Rechte, und zwar unabhängig von Pass, Herkunft oder Geschlecht. (Die sind übrigens nicht vom Himmel gefallen, sondern wurden von Gewerkschaften erkämpft.)

Die Basics: Deine Rechte im Schnellcheck

Gilt der Mindestlohn auch für mich?

Ja! Der gesetzliche Mindestlohn gilt für alle abhängig Beschäftigten, auch für Studierende, Minijobber*innen und Praktikant*innen (Achtung: Ausnahmen je nach Praktikumsart). Seit dem 1. Januar 2026 sind das 13,90 Euro pro Stunde, ab 2027 sogar 14,60 Euro. In manchen Branchen gelten höhere tarifliche Mindestlöhne. Und ja: Auch Probearbeiten muss bezahlt werden, inklusive Anmeldung, damit du versichert bist. Dein Lohn liegt unterm Mindestlohn? Deine Gewerkschaft prüft das mit dir und unterstützt dich dabei, dein Geld einzufordern.

Wie viel darf ich neben dem BAföG verdienen?

Die Zuverdienstgrenze ist an die Minijob-Grenze gekoppelt und liegt seit dem 1. Januar 2026 bei durchschnittlich 603 Euro brutto im Monat. Das sind 7.236 Euro im Jahr, gerechnet über den Bewilligungszeitraum von in der Regel 12 Monaten. Verdienst du im Schnitt mehr, wird der Rest auf dein BAföG angerechnet.

Rechenbeispiel:

Du verdienst von Oktober bis Juli je 500 Euro dazu und arbeitest in den Semesterferien zwei Monate (August und September) für je 900 Euro? Kein Problem, entscheidend ist der Durchschnitt über den gesamten Bewilligungszeitraum, nicht der einzelne Monat.

Brauche ich einen schriftlichen Arbeitsvertrag?

Spätestens nach einem Monat hast du Anspruch darauf. Drinstehen müssen Arbeitszeit, Lohn und Kündigungsfristen. Wichtig: Alles, was ihr mündlich vereinbart (feste Arbeitstage zum Beispiel), gehört schwarz

auf weiß ins Dokument. Sonst stehst du im Streitfall blöd da. Und falls dein Vertrag Klauseln enthält, die gegen geltendes Recht verstoßen: Die sind ungültig, auch wenn du unterschrieben hast.

Habe ich Anspruch auf Urlaub?

Ja, auch im Nebenjob, und zwar bezahlt! Bei einer 5-Tage-Woche mindestens 20 Tage pro Jahr. Arbeitest du an weniger Tagen, wird anteilig gerechnet: Urlaubsanspruch bei Vollzeit geteilt durch Vollzeit-Arbeitstage mal deine Arbeitstage. Fertig.

Was passiert, wenn ich krank werde?

Kein Drama: Du bekommst bis zu sechs Wochen lang 100 Prozent Lohnfortzahlung. Die Höhe errechnet sich aus deiner durchschnittlichen Arbeitszeit der letzten drei Monate. Der Anspruch gilt ab vier Wochen nach Jobbeginn.

Was gilt bei Arbeit auf Abruf?

Auch dafür gibt es klare Regeln: Im Vertrag muss eine wöchentliche Mindestarbeitszeit stehen. Fehlt sie, gelten automatisch 20 Stunden pro Woche, die bezahlt werden müssen, auch wenn du weniger arbeitest. Pro Einsatz müssen drei Stunden vergütet werden, auch wenn der Einsatz kürzer ausfällt. Und du musst mindestens vier Tage vorher über deinen Einsatz (wann, wo) informiert werden.

Alles in bar, kein Vertrag?

Klingt unkompliziert, ist aber illegale Beschäftigung. Du verlierst sämtliche Rechte und riskierst Strafen plus Rückforderungen der Sozialversicherung.

Checkliste Arbeitsvertrag

- Steht der Lohn drin und entspricht er mindestens dem Mindestlohn?
- Sind Arbeitszeit und ggf. feste Arbeitstage schriftlich festgehalten?
- Sind Überstunden geregelt?
- Enthält er Urlaubsanspruch und Kündigungsfristen?
- Gibt es einen Hinweis auf Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarungen?
- Bei Befristung: Ist sie schriftlich festgehalten? (Sonst ungültig!)

Good to know: Als Gewerkschaftsmitglied kannst du deinen Arbeitsvertrag von deiner Gewerkschaft checken lassen – kostenfrei.



99 Gewerkschaften sind für mich der wichtigste Ort, um gemeinsam Gegenmacht aufzubauen und Verbesserungen durchzusetzen. 66



Shirin ist gelernte Krankenpflegerin, studiert Gender Studies im Master in Freiburg und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni.

Warum jobbst du?

Aus finanziellen Gründen. Im Bachelor hatte ich nur einen sehr geringen BAföG-Satz. Ich habe damals in der Krankenpflege in einer Wohngemeinschaft für erwachsene Menschen mit Behinderung gearbeitet. Im Master bekomme ich zwar etwas mehr BAföG, aber auch das reicht nicht aus. Allein mit Miete und Krankenkasse ist es fast

aufgebraucht. In Freiburg liegen WG-Zimmer im Schnitt bei etwa 500 Euro, die BAföG-Wohnpauschale bei nur 380 Euro.

Wie gut bekommst du Studium und Arbeit unter einen Hut?

Im Bachelor war das sehr belastend. Ich habe hauptsächlich an Wochenenden gearbeitet, oft in 11-Stunden-Schichten. Dadurch blieb kaum Zeit für Freizeit oder spontane Treffen. Nach einem Arbeitswochenende war ich montags in Vorlesungen kaum aufnahmefähig. Aber weniger zu arbeiten war finanziell keine Option. Heute arbeite ich als wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni und zusätzlich auf Honorarbasis beim DGB. Das ist flexibler, aber ich muss meine Zeit sehr strikt selbst organisieren und darauf achten, dass Arbeit nicht ständig in meinen Alltag hineinläuft.

Ist die Lage finanziell jetzt entspannter?

Ich muss sehr genau kalkulieren, besonders bei Lebensmitteln. Den zweiten Job habe ich angenommen, damit überhaupt etwas mehr als die reinen Fixkosten übrig bleibt. Größere Ausgaben sind praktisch

nicht möglich. Wenn etwa eine Waschmaschine kaputtgeht oder eine unerwartete Rechnung kommt, wird es schwierig. Auch die Auseinandersetzungen mit dem BAföG-Amt können belastend sein.

Du bist gewerkschaftlich aktiv. Warum?

Gewerkschaft lohnt sich auch im Studium. Wir sind nicht nur die Arbeitskräfte von morgen. Viele von uns arbeiten schon heute. Deshalb ist es wichtig, sich zu organisieren und gemeinsam für faire Bedingungen einzutreten. Zum Beispiel habe ich durch die Gewerkschaft meine Rechte im Job genauer kennengelernt, etwa den Anspruch auf Bildungsurlaub.

Weshalb sind Gewerkschaften wichtig?

Weil vieles, was lange selbstverständlich schien, wieder angegriffen wird. Und es gibt weiterhin große Ungleichheiten, etwa bei Löhnen oder Karrierechancen von Frauen an Hochschulen. Gewerkschaften sind für mich der wichtigste Ort, um gemeinsam Gegenmacht aufzubauen und Verbesserungen durchzusetzen.

Mini, Midi, Werkstudi: Was passt zu dir und deinem Leben?

Wie viel darf ich im Minijob verdienen?

2026 bis zu 603 Euro im Monat, ab 2027 bis zu 633 Euro monatlich. Die Grenze hängt am Mindestlohn und steigt automatisch mit. Du zahlst keine Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, bist aber rentenversicherungspflichtig (Befreiung auf Antrag möglich). Steuern fallen meist keine an. Achtung bei mehreren Jobs: Alles wird zusammengezählt. Liegt die Summe regelmäßig über 603 Euro, werden alle Jobs steuer- und sozialversicherungspflichtig.

Rechenbeispiel:

Bei einem Mindestlohn von 13,90 Euro entsprechen 603 Euro rund 43 Stunden im Monat. Das sind etwa 10 Stunden pro Woche. Verdienst du mehr pro Stunde, musst du entsprechend weniger arbeiten, um unter der Grenze zu bleiben.

Was ist ein Midijob?

Die Liga drüber: 603,01 bis 2.000 Euro brutto im Monat. Hier bist du voll sozialversichert, zahlst aber reduzierte Beiträge.

Darf ich in den Semesterferien mehr arbeiten?

Ja, dafür gibt es die sogenannte 26-Wochen-Regel: Dein Werkstudierenden-Status bleibt erhalten, wenn du in höchstens 26 Wochen pro Jahr mehr als 20 Stunden arbeitest, zum Beispiel im Rahmen befristeter Tätigkeiten oder durch Mehrarbeit abends, nachts und am Wochenende. Wichtig, wenn du für die Ferien einen zweiten Job annimmst: Der neue Vertrag sollte befristet sein, und du musst deinen bisherigen Arbeitgeber über die weitere Beschäftigung informieren.

Was ist eine kurzfristige Beschäftigung?

Der Klassiker für die Semesterferien: maximal 3 Monate oder 70 Arbeitstage pro Jahr, nicht berufsmäßig ausgeübt. Unter diesen Bedingungen komplett sozialversicherungsfrei.

Was gilt im Praktikum?

Pflichtpraktika gehören zum Studium und haben leider keinen Anspruch auf Bezahlung. Freiwillige Praktika dagegen unterliegen denselben Regeln wie normale Jobs: Du hast Anspruch auf Mindestlohn (ab drei Monaten Dauer) und Sozialversicherung je nach Umfang.





Und wenn ich selbstständig arbeite?

Du entscheidest selbst über Zeit, Ort und Ausführung, etwa als freie*r Fotograf*in oder Nachhilfelehrer*in? Dann stellst du Rechnungen und zahlst Steuern und gegebenenfalls Sozialabgaben selbst. Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung und bezahlter Urlaub gelten leider für dich nicht. Vorsicht vor Scheinselbstständigkeit: Wenn dein*e Auftraggeber*in über Inhalt, Zeit, Dauer und Ort bestimmt, hast du Anspruch auf einen echten Arbeitsvertrag.

Lohnt sich ein Job an der Uni?

Als studentische Hilfskraft wirst du nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) befristet angestellt, oft mit Mini-Vertragslaufzeiten und ohne Tarifbindung. Genau deshalb kämpft die TVStud-Bewegung bundesweit für Tarifverträge für studentische Beschäftigte. In Berlin gibt es den schon. Wer in Technik oder Verwaltung arbeitet und fälschlich nach WissZeitVG angestellt ist, hat eigentlich Anspruch auf Tarif nach dem TVöD und der ist deutlich besser. Betroffen? Melde dich bei deiner Gewerkschaft.

Was muss ich in der Gastro beachten?

Abends jobben, Trinkgeld mitnehmen? Klingt gut, kann aber tricky sein. Du brauchst ein Gesundheitszeugnis, bekommst oft nur Mindestlohn und solltest bei Teildiensten (geteilten Schichten) genau hinschauen, wie die vertraglich geregelt sind. Außerdem gilt eine Arbeitszeitgrenze von maximal 10 Stunden am Tag. Zwischen zwei Schichten müssen mindestens 11 Stunden Ruhezeit liegen. Das Trinkgeld gilt in der Regel als freiwillige Schenkung und ist steuerfrei – außer, es steht als Lohnbestandteil im Vertrag.

Steuern sparen

Steuern sind kein nerviger Pflichtbeitrag, sondern finanzieren alles, was uns als Gesellschaft zusammenhält, von der öffentlichen Uni bis zur Notaufnahme. Nur fair muss das System sein. Deshalb sagen wir: Kleine Einkommen entlasten. Vermögens- und Erbschaftssteuern rauf.

Muss ich Steuern zahlen?

Meistens nicht, denn es gilt ein jährlicher Grundfreibetrag. 2026 liegt der bei 12.348 Euro. Bleibt dein Jahreseinkommen darunter, zahlst du keine Einkommensteuer. Wurde dir trotzdem etwas abgezogen? Steuererklärung machen, Geld zurückholen.

Lohnt sich eine Steuererklärung, wenn ich kaum was verdiene?

Tatsächlich ja. Erstens gibt es die Werbungskosten: Absetzen kannst du Arbeitsmittel, Telefon, Internet, Semesterbeiträge, Fahrtkosten (0,30 Euro pro Kilometer oder die Ticketkosten, auch fürs Semesterticket), einen studienbedingten Umzug und übrigens auch deinen Gewerkschaftsbeitrag. Quittungen aufheben! Zweitens gibt es den Verlustvortrag: Studienausgaben (Semesterbeiträge, Laptop, Fachbücher, Studienreisen), die dein Einkommen übersteigen, sammelst du beim Finanzamt an und verrechnest sie später mit deinem ersten richtigen Gehalt. Die Anerkennung ist allerdings abhängig von der Art deines Studiums.

Bin ich »Werkstudent*in«? Mach den Schnellcheck!

Klingt wie ein Jobmodell, ist aber ein Status in der Sozialversicherung. Erstmal grundsätzlich: Du darfst als Student*in so viel arbeiten und verdienen, wie du willst, dein Status an der Uni bleibt davon unberührt. Die 20-Stunden-Regel ist nur eine Orientierungsgrenze der Sozialversicherung. So findest du raus, was für dich gilt:

Du studierst in Vollzeit und arbeitest regelmäßig maximal 20 Stunden pro Woche?

Dann giltst du als Werkstudent*in: Nur die Rentenversicherung geht vom Gehalt ab. Krankenversichern musst du dich selbst (die studentische Pflichtversicherung geht bis 30), arbeitslosenversichert bist du nicht.

Du arbeitest regelmäßig mehr als 20 Stunden pro Woche?

Dann wirst du als voll sozialversicherungspflichtige*r Arbeitnehmer*in angemeldet, bleibst aber trotzdem Student*in an der Uni.

Du studierst in Teilzeit?

Macht dein Teilzeitstudium mehr als die Hälfte eines Vollzeitstudiums aus, gilt die 20-Stunden-Regel auch für dich. Bei der Hälfte oder weniger zählst du für die Sozialversicherung nicht als Werkstudent*in.

Einzelne Ausreißer-Wochen mit 21 oder 22 Stunden sind übrigens kein Problem – es zählt die regelmäßige Arbeitszeit.



Jobben ohne deutschen Pass: Das musst du wissen

Das Wichtigste: Arbeitsrechte gelten unabhängig von Pass und Aufenthaltstitel. Mindestlohn, Lohnfortzahlung bei Krankheit, bezahlter Urlaub, schriftlicher Vertrag – das alles steht dir zu. Leider nutzen manche Arbeitgeber gezielt aus, dass internationale Studierende unter Druck stehen: Sie zahlen Löhne unter dem Mindestlohn, verlangen unbezahltes »Probearbeiten« oder drängen zur Schwarzarbeit. Sprachbarrieren und die Angst um Aufenthaltstitel machen es dann teilweise schwer, sich zu wehren. Lass dir das nicht gefallen. Die Beratung der Gewerkschaften steht allen offen – egal, welche Herkunft, egal, welcher Aufenthaltsstatus.

Du kommst aus der EU, dem EWR oder der Schweiz?

Dann darfst du genauso arbeiten wie deutsche Studierende. Gleiche Bedingungen, gleiche Regeln. Wichtig: Sobald du einen Nebenjob oder ein bezahltes Praktikum beginnst, brauchst du in der Regel eine deutsche Krankenversicherung. Deine Europäische Krankenversicherungskarte (EHIC) gilt dann nicht mehr. Frag im Zweifel bei deiner Krankenkasse nach.

Du kommst aus einem Land außerhalb der EU?

Mit einem Aufenthaltstitel nach § 16b Aufenthaltsgesetz darfst du 140 volle oder 280 halbe Arbeitstage pro Kalenderjahr arbeiten oder regelmäßig bis zu 20 Stunden pro Woche. Eine extra Zustimmung der Ausländerbehörde brauchst du dafür nicht. Die Details:

- Gezählt werden nur die Tage, an denen du wirklich arbeitest. Urlaub, Feiertage und Krankheitstage zählen nicht. Halbe Arbeitstage sind Tage mit bis zu 4 Stunden.
- Freiwillige Praktika zählen, Pflichtpraktika für dein Studium zählen nicht.
- Jobs als wissenschaftliche oder studentische Hilfskraft an der Hochschule, beim Studierendenwerk oder in der Studierendenvertretung (AStA/StuRa) zählen zusätzlich nicht mit, solange dein Studium nicht darunter leidet.
- Für selbstständige Arbeit und Honorartätigkeiten brauchst du die Genehmigung der Ausländerbehörde.

Working without a German passport: What you need to know

The most important thing: employment rights apply regardless of your passport or residence permit. The minimum wage, continued pay during sick leave, paid holiday, a written contract – you're entitled to all of these. Unfortunately, some employers deliberately exploit the fact that international students are under pressure: they pay wages below the minimum wage, demand unpaid 'trial periods' or pressure you into working off the books. Language barriers and fears about your residence status can sometimes make it difficult to stand up for yourself. Don't put up with this. Trade union advice is available to everyone – regardless of your background or residence status.

Are you from the EU, the EEA or Switzerland?

Then you're allowed to work on exactly the same terms as German students. Same conditions, same rules. Important: As soon as you start a part-time job or a paid placement, you'll usually need German health insurance. Your European Health Insurance Card (EHIC) will no longer be valid. If in doubt, check with a health insurance provider.

Are you from a country outside the EU?

With a residence permit under Section 16b of the Residence Act, you're allowed to work 140 full working days or 280 half-working days per calendar year, or up to 20 hours per week on a regular basis. You don't need separate authorisation from the Foreigners' Registration Office for this. The details:

- *Only the days on which you actually work are counted. Holidays, public holidays and sick days do not count. Half working days are days with up to 4 hours' work.*
- *Voluntary work placements count; compulsory work placements as part of your degree do not count.*
- *Jobs as a research assistant or student assistant at a university with the Student Services Organisation (Studierendenwerk) or in the student union (AStA/StuRa) are also excluded, provided your studies do not suffer as a result.*
- *For self-employment and freelance work, you need authorisation from the Foreigners' Registration Office.*



99 Oft werden Rechte nicht eingehalten, weil sich niemand wehrt. 66



Anna studiert Sozialökonomie in Hamburg, ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung und arbeitet in einem Minijob.

Warum jobbst du?

Mit dem Stipendium, das ich von der Hans-Böckler-Stiftung bekomme, kann ich gerade so meine Fixkosten decken. Für eine Stadt wie Hamburg reicht das Geld nicht aus. Der Nebenjob sorgt dafür, dass ich mir ein finanziell etwas entspannteres Leben leisten kann.

Sind die gestiegenen Lebenshaltungskosten für dich spürbar?

Ja, definitiv. Ich arbeite inzwischen seit fast fünf Jahren in meinem Nebenjob. Am Anfang war das Geld vor allem dafür da, mal

in den Urlaub fahren oder mit Freunden essen gehen zu können. Mittlerweile sieht das anders aus. Heute erreiche ich meistens die Minijobobergrenze, um genug Geld dazuverdienen. Wie viele andere Studierende arbeite ich nicht mehr für Extras, sondern um über die Runden zu kommen.

Wie gut lassen sich Studium und Arbeit vereinbaren?

Ich habe mir bewusst einen Job im Frühstücksservice gesucht, weil die Arbeitszeiten meist vormittags liegen und ich danach noch zur Uni kann. Aber natürlich ist das belastend. Ziemlich oft bin ich zu spät zu Vorlesungen gekommen oder habe Veranstaltungen ausfallen lassen, um meine Schicht zu Ende zu machen. Bei Online-Kursen habe ich mich teilweise direkt von der Arbeit aus eingewählt. Es ist schon mit Stress verbunden.

Welche Rolle spielt die Gewerkschaft für dich?

Eine wichtige. Ich musste zwar noch keinen größeren Rechtsstreit führen, aber die Gewerkschaft hat mich bei verschiedenen

arbeitsrechtlichen Fragen unterstützt. Aktuell geht es zum Beispiel um die Anerkennung von Bildungsurlaub. Viele wissen gar nicht, dass sie darauf Anspruch haben.

Du engagierst dich auch an der Universität gewerkschaftlich. Was macht ihr dort?

Wir organisieren in der DGB-Hochschulgruppe Workshops, Infostände und Veranstaltungen zu Themen wie Arbeitsrecht im Nebenjob. Viele Studierende arbeiten, kennen ihre Rechte aber nicht oder trauen sich nicht, sie einzufordern.

Würdest du anderen Studierenden empfehlen, einer Gewerkschaft beizutreten?

Unbedingt. Es gibt viele Dinge, die Arbeitgeber einem nicht sagen. Oft werden Rechte nicht eingehalten, weil sich niemand wehrt. Eine Gewerkschaft bietet Unterstützung, Beratung und notfalls auch rechtlichen Beistand. Man muss Probleme nicht allein lösen.





Mind the Gap: Jobben ist nicht geschlechtsneutral

Der Gender-Pay-Gap liegt bei 16 Prozent. Heißt: Frauen verdienen pro Stunde durchschnittlich 16 Prozent weniger als Männer. Gern wird das damit kleingeredet, dass der »bereinigte« Gap ja nur bei rund 6 Prozent liege. Aber genau die Faktoren, die da rausgerechnet werden, Teilzeit, Branchenwahl, Hierarchieebenen, zeigen auf, dass und wie Frauen auf dem Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt werden. Lohndiskriminierung trifft aber nicht nur cis Frauen: Auch trans, inter und nichtbinäre Personen erleben auf dem Arbeitsmarkt oft Benachteiligung.

Typische »Frauenjobs« = typisch schlecht bezahlt

Studentinnen arbeiten überdurchschnittlich oft in Gastro, Einzelhandel, Pflege und Betreuung. In Branchen also, in denen häufig nur der Mindestlohn drin ist und prekäre Bedingungen verbreitet sind. Dass Sorge- und Dienstleistungsarbeit als weniger wertvoll gilt, ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis stereotyper Rollenbilder. Und damit politisch veränderbar.

Sorgearbeit on top

Studieren, jobben und »nebenbei« Kinder betreuen oder Angehörige pflegen? Familiäre Mehrfachbelastungen tragen immer noch überwiegend Frauen. Gut zu wissen: BAföG-Beziehende mit Kind unter 14 bekommen einen Betreuungszuschlag von 160 Euro pro Monat und Kind, der nicht als Einkommen angerechnet wird. Und auch im Job gibt es einige spezielle Schutzrechte.

Über Geld spricht man. Unbedingt.

Weil Gehalt vielerorts Tabuthema ist, wissen viele gar nicht, was Kolleg*innen für die gleiche Arbeit bekommen. Also: Redet drüber! Das Entgelttransparenzgesetz gibt Beschäftigten in Unternehmen ab 200 Mitarbeitern den sogar einen offiziellen Auskunftsanspruch.

Tarifverträge schließen die Lücke

Branchenübergreifend verdienen Frauen in tarifgebundenen Unternehmen pro Stunde durchschnittlich 4,39 Euro mehr als in nicht tarifgebundenen und der Gender-Pay-Gap ist mit Tarifvertrag deutlich kleiner. Ein guter Grund, bei der Jobsuche auf Tarifbindung zu achten.

99 Gewerkschaften bieten unkompliziert Beratung und Unterstützung an. 66



Stella studiert »Civic Education. Demokratietarbeit in der digitalisierten Gesellschaft« im Master in Jena, ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung und jobbt.

Warum jobbst du?

Zum einen natürlich, um Geld zu verdienen. Ich bekomme zwar ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung, das grundsätzlich ausreichen würde. Aber das Jobben verschafft mir mehr finanziellen Spielraum. So kann mir Dinge leisten, die über das Nötigste hinausgehen. Außerdem ist die Arbeit für mich ein guter Ausgleich zum Studium und eine Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln.

Sind die gestiegenen Lebenshaltungskosten für dich spürbar?

Auf jeden Fall. Viele Dinge sind deutlich teurer geworden. Wenn man heute essen geht, ist man schnell bei 20 Euro oder mehr – auch für Kleinigkeiten. Trotzdem möchte ich mir solche Dinge gelegentlich gönnen können. Außerdem versuche ich, etwas Geld zurückzulegen. Nach dem Studium endet mein Stipendium, und ich weiß nicht, ob ich sofort eine passende Stelle finde. Da ist ein finanzielles Polster beruhigend.

Wie gut lässt sich dein Job mit dem Studium vereinbaren?

Sehr gut. Ich habe große Freiheiten bei der Einteilung meiner Arbeitszeit. Das schätze ich sehr.

Engagierst du dich ehrenamtlich?

Während meines Bachelorstudiums war ich stark in der Hochschulpolitik aktiv. Heute engagiere ich mich vor allem gewerkschaftlich. Ich bin Mitglied im DGB Campus

Office in Jena und berate dort Studierende zu arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Fragen.

Gibt es ein spezielles Thema, das dir dabei wichtig ist?

Unter anderem informiere ich über Bildungsurlaub. Viele Menschen haben schon davon gehört, wissen aber nicht genau, welche Möglichkeiten dahinterstecken. Dabei kann man beispielsweise einen Sprachkurs im Ausland besuchen, ohne dafür den regulären Jahresurlaub nutzen zu müssen. Ich finde es spannend, Menschen auf solche Angebote aufmerksam zu machen.

Was möchtest du anderen Studierenden mitgeben, die neben dem Studium arbeiten?

Man sollte sich nicht alles vom Arbeitgeber gefallen lassen und die eigenen Rechte kennen. Gewerkschaften bieten unkompliziert Beratung und Unterstützung an. Gerade für Studierende kann das sehr hilfreich sein.

Diskriminierung im Job? Du bist nicht allein!

Hochschulen und Arbeitsplätze sind leider keine diskriminierungsfreien Räume. Frauen, Studierende mit Migrationsbiografie und LGBTQ+-Studierende sind am häufigsten betroffen. Niemand darf mit Diskriminierungserlebnissen allein gelassen werden. Du entscheidest, was für dich der richtige Weg ist. Viele Hochschulen haben mittlerweile Antidiskriminierungsstellen und Meldestrukturen. Auch Arbeitgebende sind dazu verpflichtet, eine Beschwerdestelle für von Diskriminierung betroffene Beschäftigte einzurichten und diese allen Beschäftigten bekannt zu machen. Das schreibt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vor. Zudem müssen sie Diskriminierung vorbeugen und sanktionieren.

Burnout-Gefahr! Pass auf dich auf!

Viele jobbende Studis berichten das Gleiche: In Klausurenphasen bleiben Freund*innen, Familie und Hobbys auf der Strecke. Manche arbeiten bis zur Krankschreibung. Das darf nicht sein. Zunächst einmal, behandle das Studium wie die Arbeit. Blocke feste Zeiten dafür, plane bewusst Pausen ein und nimm deine Grenzen ernst. Wenn du merkst, dass der Job dein Studium auffrisst: Such das Gespräch mit deinem Arbeitgeber. Und wenn's trotzdem zu viel wird, kannst du dich unter anderem an die psychologischen Beratungsstellen der Studierendenwerke wenden. Oder an deine Gewerkschaft!

Warum Gewerkschaft?

Fast alle Rechte, die in diesem Text auftauchen – Mindestlohn, Lohnfortzahlung, Urlaubsanspruch, Tarifverträge –, existieren, weil Menschen sich zusammengetan und sie erkämpft haben. Und wir machen uns weiter stark: für Tarifverträge für studentische Beschäftigte (TVStud), für ein besseres BAföG, für bezahlbares Wohnen und gegen Rechts. Was dir die Mitgliedschaft konkret bringt? Kostenlose Beratung zu Arbeits- und Sozialrecht zum Beispiel. Den Check deines Arbeitsvertrags. Rechtsschutz, wenn's drauf ankommt. Seminare und Bildungsangebote. Und die Erfahrung, gemeinsam wirklich etwas verändern zu können.

Wir sind für dich da



Online-Beratung
der DGB-Jugend für
Studierende



DGB-Jugend-
Beratungsbüros und
Hochschulgruppen



Infomaterial
(auch auf Englisch)



Wem gehört der Hörsaal



Stell dir vor, in deinem Seminar traut sich niemand mehr, über Rassismus, Geschlecht oder Klimakrise zu sprechen, weil jede klare Position als »Indoktrination« gemeldet werden könnte. Genau darum geht es, wenn Rechte heute »Neutralität« fordern.

»Wir schmeißen alle diese Professoren raus.« Mit diesen Worten kündigte Alice Weidel auf dem AfD-Parteitag 2025 an, dass eine Regierung unter ihrer Führung alle Einrichtungen der Gender Studies schließen würde. Zum Thema Klima lässt sich im aktuellen AfD-Wahlprogramm nachlesen »Die Aussagen des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können.« Mit Gleichberechtigung und Klimaschutz hat die selbsternannte Alternative nichts am Hut, soweit nichts Neues rechtsaußen. Immer öfter aber argumentiert sie dabei mit »Neutralität«. Gemeint ist: Forschung, die nicht ins rechte Weltbild passt, soll verschwinden.

Neutralität als Drohung

Hochschulen geraten zunehmend ins Visier rechter Kulturkämpfe. Gender Studies werden als »unnötig« diffamiert, kritische Sozialforschung als »Aktivismus« abgewertet und Studierendenvertretungen sowie antifaschistische Initiativen attackiert. Vor allem rechte Netzwerke greifen Wissenschaftler*innen, Lehrkräfte und Hochschulen immer offensiver an. Der Vorwurf: Sie seien von einer »linken

Ideologie« geprägt und würden Studierende politisch beeinflussen. Die Rede ist von angeblicher »Indoktrination« und gefordert wird mehr »Neutralität« in der Lehre. Doch hinter dieser Forderung steckt weniger ein tatsächliches Interesse an offener Wissenschaft, als vielmehr das Ziel, bestimmte Perspektiven zu verdrängen, kritische Stimmen einzuschüchtern und die eigenen ideologischen Positionen als bloße »andere Meinungen« darzustellen. Die noch dazu unterdrückt würden. Diese Strategie verschiebt die Grenzen des Sagbaren und setzt Lehrende unter Druck. Besonders deutlich wird das an sogenannten Meldeportalen, über die Schüler*innen oder Studierende Lehrkräfte anzeigen sollen, wenn diese sich angeblich politisch äußern. Das erzeugt ein Klima der Einschüchterung. Lehrende überlegen sich zweimal, ob sie kontroverse Themen ansprechen oder rechte Positionen klar kritisieren. Wissenschaftsfreiheit wird dadurch nicht offen abgeschafft, aber schrittweise eingeschränkt.

Wissenschaft ist frei – aber nicht beliebig

Dabei gehört die Freiheit von Forschung und Lehre zu den Grundpfeilern einer demokratischen Gesellschaft. Hochschulen sollen Orte sein, an denen geforscht, gestritten und kritisch gedacht werden kann. Gleichzeitig ist Wissenschaft nie vollständig neutral im Sinne von wertfrei oder unpolitisch. Welche Fragen gestellt werden, hängt auch davon ab, welche Konflikte und Probleme eine Gesellschaft hat. Aber wissenschaftliche Antworten müssen sich an Methoden, Belegen und fachlichen Standards messen lassen, nicht an Parteiprogrammen.

Die Wissenschaftsfreiheit wird von Art. 5 des Grundgesetzes geschützt. Das soll verhindern, dass Regierungen oder politische Bewegungen bestimmen können, welche Fragen und Antworten erlaubt sind und welche nicht. Um die Relevanz dieses Schutzes zu erkennen, reicht ein Blick in die Vergangenheit. Im Nationalsozialismus wurden Universitäten gleichgeschaltet, kritische Wissenschaftler*innen entlassen und Forschung ideologisch kontrolliert.

Ein Neutralitätsgebot für Hochschulen besteht – wenn überhaupt – insofern, als dass sie als Institutionen parteipolitisch »unparteiisch« sein müssen. Gleichzeitig sind sie jedoch der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet und müssen daher verfassungsfeindliche Bestrebungen nicht dulden bzw. sogar aktiv dagegen vorgehen.



Man muss Partei ergreifen. Neutralität hilft dem Unterdrückten, niemals dem Opfer, Stillschweigen bestärkt den Peiniger, niemals den Gepeinigten.

Elie Wiesel, Autor und Shoa-Überlebender



Was der Beutelsbacher Konsens wirklich sagt

Wenn rechte Akteur*innen heute auf das Gebot der »Neutralität« von Lehrkräften, Dozierenden und Professor*innen pochen, berufen sie sich häufig auf den sogenannten Beutelsbacher Konsens. Tatsächlich sagt der Beutelsbacher Konsens aber etwas anderes. Er entstand in den 1970er-Jahren als didaktische Leitlinie für politische Bildung und verlangt keine Haltungslosigkeit, sondern die Befähigung zur Urteilsbildung. Dafür formuliert er drei zentrale Prinzipien: das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und die Orientierung an den Interessen der Lernenden. Damit ist gemeint, dass Lehrende Schüler*innen und Studierende nicht manipulieren oder ihnen eine Meinung aufzwingen dürfen. Und alles, was gesellschaftlich kontrovers ist, muss auch als kontrovers dargestellt werden. Daraus folgt jedoch ausdrücklich nicht, dass Lehrende keine Meinung haben dürfen oder politische Themen vermeiden müssen.

Vor allem bedeutet der Beutelsbacher Konsens nicht, dass wissenschaftlich widerlegte Positionen denselben Raum bekommen müssen wie wissenschaftliche Erkenntnisse. Klimawandelleugnung muss nicht gleichberechtigt neben Klimaforschung stehen. Rassistische oder menschenfeindliche Positionen müssen nicht als »eine von vielen Meinungen« behandelt werden. Der Konsens schützt kontroverse Debatten, nicht die Relativierung von beweisbaren Fakten.

Die Demokratie an der Hochschule verteidigen

Wissenschaft trägt gesellschaftliche Verantwortung. Und Hochschulen sind nicht nur Ausbildungsorte, sondern Räume demokratischer Auseinandersetzung. Hier lernen Menschen, unterschiedliche Positionen zu diskutieren, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und eigene politische Urteile zu bilden. Wenn dieser Raum eingeschränkt wird, verliert Demokratie langfristig ihre Grundlage.

Doch die Wissenschaftsfreiheit verteidigt sich nicht von allein. Sie braucht Studierende, die widersprechen, wenn rechte Einschüchterung als »Neutralität« verkauft wird. Sie braucht Studierendenvertretungen, die klare Kante zeigen. Und sie braucht Gewerkschaften, die demokratische Hochschulen, gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung zusammen denken.

Eine Hochschule, in der niemand mehr Haltung zeigt, ist nicht neutral. Sie überlässt den anderen das Feld. Deshalb: Misch dich ein!

Was auf dem Spiel steht!

Welche Konsequenzen es hat, wenn diejenigen an die Macht kommen, die die Unabhängigkeit der Wissenschaft angreifen, sieht man in den USA. Seit Beginn ihrer zweiten Amtszeit setzt die Trump-Regierung große Universitäten massiv unter Druck, sich ihrer politischen Linie zu beugen und die Arbeit zu Themen wie Gleichstellung, Geschlecht und Rassismus zu reduzieren oder gleich ganz einzustellen. Zudem wurden Forschungsprogrammen in unterschiedlichsten Feldern die Gelder entzogen und so vielfältige Forschungsergebnisse zunichte und tausende Mitarbeiter*innen erwerbslos gemacht. Auch, weil die Regierung die Veröffentlichung unliebsamer Erkenntnisse verhindern will. Besonders deutlich wird das am Beispiel des Klimaforschungszentrums National Center for Atmospheric Research. Weil es angeblich für »Klima-Alarmismus« verantwortlich sei, sollte es weitgehend geschlossen werden. Die Folgen hätten weit über die USA hinausgereicht und wären dramatisch gewesen. Denn das NCAR liefert die wissenschaftlichen Grundlagen für die globale Wettervorhersage, Klimamodellierung, Luftreinhaltung und Flugsicherheit. Die Daten werden international genutzt. Ein Gericht stoppte den Feldzug der Regierung im Sommer 2026 vorerst. Aber die Zukunft des Instituts ist weiterhin ungewiss. Dieses Beispiel zeigt: Wer die Forschung politisch angreift, greift die Grundlage an, auf der wir überhaupt informiert über Klima, Gesundheit, soziale Ungleichheit oder Demokratie entscheiden können.

Podcast: Die politische Universität

Neutralität heißt nicht Gleichgültigkeit. Die Wissenschaft ist frei. Das steht im



Grundgesetz und bedeutet: Zu allem darf geforscht und gelehrt werden, auch zu politisch umstrittenen Themen und Haltungen. Aber was heißt das konkret für die Universität als Institution, für ihre Mitglieder, für den Alltag in Forschung und Lehre? Eine Podcastreihe der Freien Universität Berlin.

tution, für ihre Mitglieder, für den Alltag in Forschung und Lehre? Eine Podcastreihe der Freien Universität Berlin.



**Was du zum Wehrdienst-
Modernisierungsgesetz
wissen musst**



Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist die Angst vor Krieg real. Viele fragen sich, ob Verteidigung nicht doch sein muss, ob »dagegen sein« naiv sei. Das ist nachvollziehbar. Aber was gerade unter dem Wort »Modernisierung« beschlossen wurde, macht uns nicht sicherer. Es schiebt Verantwortung und Gefahr auf die Schultern der Jugend und baut still und leise die Wehrpflicht wieder auf. Hier kommen Fakten und gute Argumente.

Steht fest

Freiwillig

Es besteht derzeit keine Pflicht, Wehrdienst zu leisten.

Fragebogen

Alle deutschen Staatsbürger*innen mit Wohnsitz in Deutschland erhalten seit Januar 2026 nach ihrem 18. Geburtstag einen Brief mit QR-Code zu einem Online-Fragebogen. Dieser soll Eignung und Motivation für die Bundeswehr ermitteln. Für Männer ist die Beantwortung verpflichtend, für alle anderen Geschlechter freiwillig.

Musterung

Ab 1. Juli 2027 beginnen verpflichtende Musterungen. Los geht es mit den Männern des Jahrgangs 2008. Die Musterung ist Pflicht, auch für diejenigen, die den Wehrdienst verweigern wollen. Dafür sind deutschlandweit 24 Musterungszentren vorgesehen.

Bedingungen

Wer sich zum Wehrdienst bereit erklärt, muss sich für mindestens sechs Monate verpflichten. Darüber hinaus kann jede Person frei entscheiden, wie lange sie dienen möchte. Ab einem Jahr Verpflichtung bekommt man einen Status als Soldat*in auf Zeit. Im Gespräch ist ein Bruttoentgelt von etwa 2.600 Euro monatlich.

Wird noch diskutiert

»Bedarfswehrpflicht«

Der umstrittenste Punkt: Es gibt Zielzahlen und halbjährliche Überprüfungen. Melden sich zu wenige freiwillig, kann es zu einer »Bedarfswehrpflicht« – also zu einer allgemeinen Wehrpflicht – kommen. Allerdings nicht automatisch, der Bundestag muss darüber in einem erneuten Gesetzgebungsverfahren abstimmen. Das gilt auch für den Fall, das sich Sicherheitslagen verschärfen.

Losverfahren

Innerhalb der Bedarfswehrpflicht sieht das Gesetz vor: Übersteigt die Zahl der geeigneten Wehrpflichtigen den Bedarf, kann ein Losverfahren zum Einsatz kommen, wenn alle anderen Auswahlmaßnahmen ausgeschöpft sind.

Pflicht-Ersatzdienste

Die Debatte um ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr (auch »soziales Pflichtjahr«, »Pflichtzeit«, »allgemeine Dienstpflicht«) ist nicht neu. Es geht dabei um die Idee eines einjährigen Dienstes für alle jungen Erwachsenen, etwa in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung oder im Katastrophenschutz. Aktuell wird sie teilweise mit den Diskussionen um Wehrpflicht verknüpft.

Wir sagen

Nie wieder Krieg

Wir bleiben antimilitaristisch und stellen uns dagegen, dass Krieg Schritt für Schritt zur Normalität erklärt wird.

Pflichtdienste sind kein Sozialkonzept

Wir lehnen die Einführung von Pflichtdiensten für junge Menschen grundsätzlich ab. Weil die reale Gefahr besteht, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Heißt: Statt ausreichend Fachpersonal einzustellen und es angemessen zu entlohnen, können Pflichtdienste dazu benutzt werden, billige Arbeitskräfte zu beschaffen.

Nur auf den ersten Blick eine Chance

Für junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten kann der Wehrdienst wie eine attraktive Alternative zu einer Ausbildung erscheinen, die man sich unter Umständen finanziell gar nicht leisten kann. Ohne Berufsausbildung aber steigt das Risiko, später keine oder nur prekäre Jobs zu finden. So verstärkt selbst der freiwillige Wehrdienst bestehende Ungleichheiten.

Freiwillig, demokratisch, diskriminierungsfrei

Die Bundeswehr soll eine reine Verteidigungsarmee bleiben. Wer freiwillig dient, muss die Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung abzuschließen oder Weiterqualifizierungen zu besuchen. Soziale wie politische Bildung müssen fester Bestandteil des Militärdienstes sein.

Recht auf Kriegsdienstverweigerung bleibt

Gemäß Grundgesetz darf niemand gegen das eigene Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Daraus ergibt sich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Den Antrag kannst du im Alter von 17,5 bis 60 Jahren jederzeit stellen. Du benötigst dafür: formloses Anschreiben, tabellarischer Lebenslauf, persönliche Begründung.



**Weitere Infos und Beratung
verweigern.info**

»Wer die Wehrpflicht ablehnt, sollte sich organisieren«

Ole, was hältst du von der Wehrpflicht? Unabhängig von meiner persönlichen Meinung stellt sich die Frage: Wozu dient die Wehrpflicht? Die Bundesregierung formuliert das recht klar: Deutschland soll die konventionell stärkste Armee Europas stellen. Friedrich Merz hat im Bundestag gesagt, Deutschland müsse seine Interessen in der Welt definieren und die Mittel zu ihrer Durchsetzung benennen. Für mich bedeutet das: Deutschland will nicht nur auf internationale Entwicklungen reagieren, sondern selbst Einfluss auf die Regeln von Wirtschaft, Politik und Sicherheit nehmen und das im Zweifelsfall auch mit militärischer Gewalt. Dafür soll die Wehrpflicht Personal bereitstellen. Deshalb müssen sich alle die Frage stellen, ob sie dafür persönlich einstehen wollen. Die politische Botschaft lautet jedoch auch: Wenn sich nicht genug Freiwillige finden, wird der Staat andere Wege suchen.

Oft ist von einer Zeitenwende die Rede ... Die »Zeitenwende« bedeutet aus meiner Sicht vor allem, dass Europa seine Interessen künftig stärker mit eigenen militärischen Mitteln vertreten soll, weil die USA diese Rolle nicht mehr in gleichem Maße übernehmen wollen wie bisher. Das politische Interesse der europäischen Staaten ist aber nicht automatisch das Interesse junger Menschen. Doch im Ernstfall wären sie diejenigen, die die Konsequenzen tragen – also auf dem Schlachtfeld sterben.

Braucht es denn keine Verteidigungsarmeen? Aus Sicht jedes Staates erscheint Aufrüstung nachvollziehbar: Niemand möchte militärisch verwundbar sein. Und fast jeder Staat versteht sich selbst lediglich als Reagierender und nicht als Aggressor – frei nach Schiller: »Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.« Aus staatlicher Perspektive ergibt das Sinn. Als Bürger sollte man diese Logik jedoch kritisch betrachten. Die Folgen militärischer Konflikte tragen letztlich die Menschen, und an der Front vor allem die Jungen.

Was kann man der aktuellen Dynamik von Aufrüstung entgegensetzen? Wer die internationale Lage realpolitisch befrieden will, hat im Wesentlichen zwei Optionen: Abschreckung durch militärische Stärke. Oder zu versuchen, politische Konflikte durch Gespräche zu begrenzen. Abschreckung wird oft als defensive Strategie dargestellt. Sie basiert aber darauf, glaubhaft zu machen, dass man im Ernstfall dazu bereit ist, erhebliche Opfer in Kauf zu nehmen. Die Alternative besteht darin, trotz Konflikten Gesprächskanäle offenzuhalten. Ich halte jeden Versuch für sinnvoll, Eskalationen politisch statt militärisch zu bearbeiten.

Grade an Universitäten und Schulen wird die Kooperation mit der Bundeswehr enger ... Der Tag der Bundeswehr oder der Veteranentag tragen dazu bei, militärische Präsenz als gesellschaftliche Normalität zu etablieren. Es soll eine Militärkultur ähnlich der in den USA geschaffen werden. Also werden Angebote wie Bildungsk Kooperationen oder auch kostenlose Veranstaltungen für Familien gezielt in den Alltag integriert. Damit sich die Bundeswehr als selbstverständlicher Teil des Lebens präsentieren kann.

Die Bundeswehr macht Jugendlichen mit bezahlter Ausbildung, Studium und einem Führerschein finanziell attraktive Angebote. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wirken sichere Einkommen, Ausbildungsmöglichkeiten und zusätzliche Leistungen attraktiv. Trotzdem reichen diese Anreize offenbar noch nicht aus, um den Personalbedarf vollständig zu decken, das zeigen die Diskussionen um eine Rückkehr zur tatsächlichen Wehrpflicht. Die Bundeswehr bleibt für viele Menschen kein gewöhnlicher Arbeitgeber, weil sie mit dem Risiko militärischer Einsätze und damit mit dem Risiko zu sterben, verbunden ist.

Junge Leute sind mehrheitlich gegen die Wehrpflicht und noch weniger wollen kämpfen. Bei den älteren Generationen sieht das anders aus. Wie können junge Menschen ihre Position in die Debatte einbringen, obwohl sie in der Minderheit sind? Junge Menschen müssen ihre Interessen selbstbewusst vertreten. Wer die Wehrpflicht oder eine stärkere Militarisierung ablehnt, sollte diese Haltung klar artikulieren und sich gemeinsam organisieren. Politischer Druck entsteht vor allem dann, wenn viele Menschen ihre Position kollektiv sichtbar machen. Die öffentliche Verweigerung ist Teil einer langen politischen Tradition der Wehrdienstverweigerung. Diese Praxis müsste wiederbelebt werden.



Foto: Mark Sanchez

Ole Nymoen ist Journalist, Podcaster und Autor. 2025 erschien sein Buch »Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde. Gegen die Kriegstüchtigkeit«

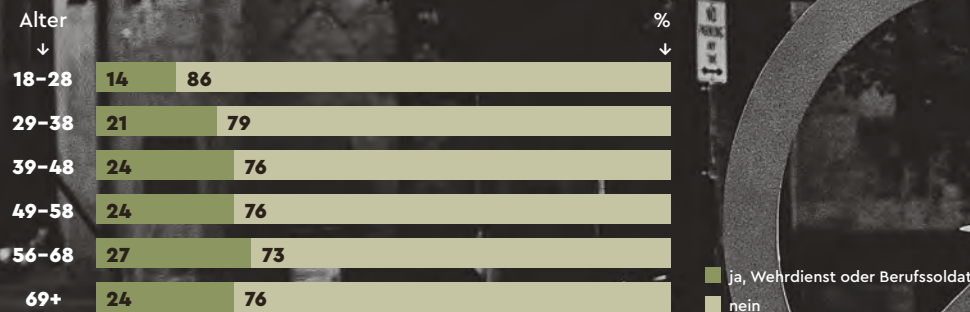
Mehrheit der Jugend lehnt Wehrpflicht ab

Frage: Sollte in Deutschland ein verpflichtender Wehrdienst für junge Menschen wieder eingeführt werden?



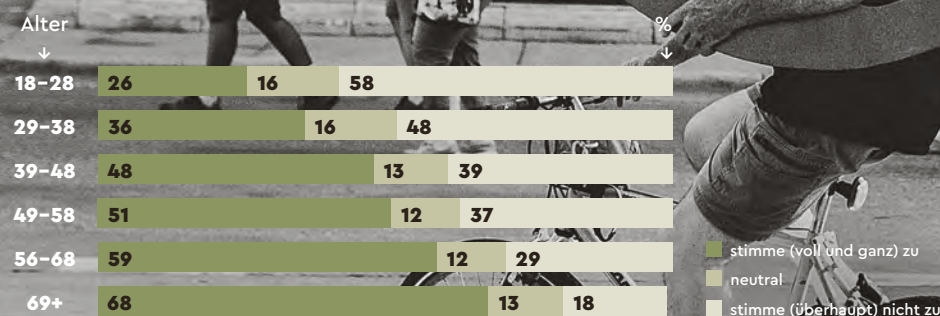
Tatsächlich Wehrdienst leisten will kaum jemand

Frage: Können Sie sich vorstellen, einen Militärdienst in Deutschland zu leisten?



Mit Wehrpflicht sicherer fühlen sich nur die, die nicht betroffen sind

Frage: Mit einem verpflichtenden Wehrdienst würde ich mich in Deutschland sicherer fühlen.



Kriegsdienstverweigerung auf Rekordhoch

2025 gingen beim BAFzA insgesamt 3.867 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung ein. Das sind 72 Prozent mehr als im Vorjahr. Allein im Dezember 2025, als der Bundestag das Gesetz beschloss, wurden 371 Anträge eingereicht – fast doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2021.

WEDER KOMPLIMENT NOCH MISSVERSTÄNDNIS



**Ob unangebrachte
Kommentare, unange-
nehme Nachrichten
oder unerwünschte
Berührungen: Sexuelle
Belästigung ist für
viele bittere Realität.
Wo beginnt sie? Warum
ist sie so verbreitet?
Wie können Betroffene
und Zeug*innen rea-
gieren?**

Sexuelle Belästigung bis hin zur Gewalt sind sowohl Ausdruck einer Geringschätzung von FLINTA* als auch Ergebnis von konkreten Machtverhältnissen. Dass Menschen – vor allem FLINTA* – in allen Bereichen ihres Lebens mit Abwertung, Diskriminierung und Belästigung konfrontiert werden, wurzelt in patriarchalen Verhältnissen und Prägnungen. Bewegungen wie #MeToo haben zwar ein breiteres Bewusstsein für das Problem sexualisierter Gewalt und sexueller Belästigung geschaffen und dazu geführt, dass mehr Menschen erkennen, dass sie überhaupt davon betroffen sind. Dennoch leben patriarchale Verhältnisse fort. So besetzen Männer nach wie vor den Großteil der Führungs- und Entscheidungspositionen in Unternehmen, an Hochschulen und in der Politik. Diese Ungleichverteilung von Macht schafft die Gefälle, in denen Grenzüberschreitungen leichter möglich sind und seltener Konsequenzen haben. Und die gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisensituationen – Kriege, Katastrophen und der Aufstieg rechter Kräfte – steigern noch dazu den Rückgriff auf veraltete und binäre Geschlechtervorstellungen.

Was sagt das Gesetz?

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll im Arbeits- und Hochschulkontext vor sexueller Belästigung schützen. Es regelt zum Beispiel das Verhalten von Arbeitgebern und Arbeitnehmer*innen sowie den Ablauf von Bewerbungsprozessen. Allerdings gilt es nicht für Studierende außerhalb von Beschäftigungsverhältnissen. Hier können das Strafrecht und die Hochschulgesetze der Länder greifen. Zudem haben viele Hochschulen eigene Antidiskriminierungsrichtlinien erlassen. Für sexuelle Belästigung im Internet gibt es kein einheitliches Gesetz – viele Arten der digitalen Belästigung fallen aber unter strafrechtliche Paragrafen, zum Beispiel Beleidigung, Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs oder Nötigung.

Das kann alles sexuelle Belästigung sein:

An Uni und Arbeitsplatz (keine vollständige Liste):

- Kommentieren des Körpers der anderen Person
- Ungefragtes Anfassen
- Sexistische Witze und Bemerkungen
- Aufdringliche Blicke auf den Körper
- Anstarren, Fixieren, Hinterherlaufen, anzügliche Gesten
- Blockieren von Wegen, um Kontakt zu erzwingen
- Aufdrängen von Gesprächen trotz Distanzsignalen
- Ausnutzen von Machtpositionen, um Grenzen zu überschreiten
- Unerwünschte, sexuell konnotierte Komplimente
- Wiederholte Annäherungen trotz Ablehnung
- Kopplung von Vorteilen an sexuelles Verhalten

In der Praxis lässt sich sexuelle Belästigung an Uni und Arbeitsplatz nicht von digitaler sexueller Belästigung trennen. Häufig werden digitale Medien als Mittel sexueller Belästigung genutzt.

Im digitalen Raum (keine vollständige Liste):

- Schicken von sexuell expliziten Fotos und Videos (zum Beispiel Dickpics, aber auch weniger explizite Inhalte)
- Versenden von Nachrichten mit sexualisiertem Inhalt, zum Beispiel Fantasien und Erlebnissen oder unangemessenen Fragen
- Erstellung von pornografischen Bildern, zum Beispiel mithilfe von KI
- Anfragen von Nacktbildern oder Bildern, die dem Zwecke der Sexualisierung dienen (dazu können auch Bilder ohne explizite Nacktheit gehören)
- Erpressung mit sexuellen Bildern oder Videos
- Aufforderung zu sexuellen Handlungen vor der Kamera
- Anzügliche oder abwertende Kommentare, z. B. in Kommentarbereichen oder Live-Chats

Auch im digitalen Raum sind die Täter*innen nicht immer Fremde. Täter*innen können aus dem privaten, beruflichen oder universitären Umfeld kommen.

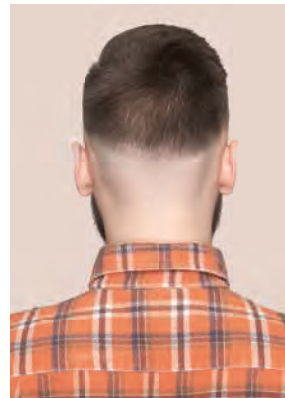
Schmerzhaftes Grenzfälle: Sexuelle Belästigung »auf nett«

Sexuelle Belästigung ist oft eingebunden in ein System der Manipulation. Dazu kann auch gehören, der betroffenen Person das Gefühl zu geben, man meine es »nur nett«. Diese Art der sexuellen Belästigung kann in Form von ständigen kleinen Grenzüberschreitungen daherkommen, zum Beispiel durch übergriffige Komplimente, scheinbar beiläufige Berührungen, die Bevorzugung einzelner Student*innen oder Angestellter oder auch das Schicken ungefragter, wiederholter oder übergriffiger Nachrichten. Gerade die Grenzfälle sexueller Belästigung können für Betroffene belastend sein, weil sie oft das Gefühl auslösen, nichts gegen die andere Person »in der Hand« zu haben oder sich die Übergriffigkeiten nur einzubilden.

»Aber habe ich nicht mitgemacht?«

Sexuelle Belästigung findet meistens im Kontext eines Machtmissbrauchs statt. Dabei werden zum Beispiel geschlechtliche Privilegien, Privilegien des Alters oder der Stellung ausgenutzt. Konkret kann das etwa bedeuten, dass ein 30-jähriger Mann sexuellen Kontakt zu einem 19-jährigen Mann sucht, eine Professorin ihrem Studenten Komplimente über sein Äußeres macht oder ein Mann fremden Frauen im Internet unangemessene Nachrichten schickt.

Die Gleichzeitigkeit von positiven und negativen Gefühlen macht Situationen von sexueller Belästigung oft besonders schwierig: Betroffene können sich geschmeichelt fühlen oder Aufregung verspüren und gleichzeitig die Erfahrung machen, dass ihre Grenzen überschritten werden. Folge davon können Schuldgefühle sein, die Frage »War ich nicht auch selbst daran schuld?« Wichtig ist deshalb: Sexuelle Belästigung kann auch da stattfinden, wo die betroffene Person ambivalent reagiert hat oder sogar emotional involviert ist.



Woran erkenne ich im Zweifel, dass ich belästigt werde?

Ein Indikator für sexuelle Belästigung ist das eigene Bauchgefühl: Fühle ich mich vom Gegenüber wirklich anerkannt? Ist der Kontakt dem Rahmen angemessen? Habe ich das Gefühl, den Kontakt gleichberechtigt gestalten zu können? Oder fühle ich mich unwohl, manipuliert oder ausgenutzt? Wer nicht sicher ist, ob sexuelle Belästigung erlebt wurde oder nicht, kann sich an Vertraute oder an Beratungsstellen wenden – häufig können Außenstehende solche Fälle unvoreingenommener einschätzen.

Was kann ich tun, wenn ich betroffen bin?

Wenn du selbst von sexueller Belästigung betroffen bist, solltest du dir klar machen: Du bist nicht allein, du musst dir keine Vorwürfe machen und du kannst deinem Gefühl vertrauen. Wenn du von digitaler Belästigung betroffen bist, solltest du zeitnah rechtssichere Screenshots (unten erklärt) machen und die Person, wenn möglich, blockieren. Wenn du in deinem Studien-, Arbeits- oder Alltagsleben betroffen bist, können dich Beratungsstellen (siehe Infobox) dabei unterstützen, den Fall einzuordnen, Hilfe zu bekommen und konkrete Schritte einzuleiten. An Unis und Hochschulen gibt es spezielle Stellen, an die du dich wenden kannst. Bei Belästigung am Arbeitsplatz können auch Vertrauenspersonen, Betriebsräte oder Gleichstellungsbeauftragte helfen.

Rechtssichere Screenshots

Wenn du digitale sexuelle Belästigung zur Anzeige bringst, brauchst du Beweismittel, also zum Beispiel Screenshots. Diese müssen rechtssicher sein, sonst sind sie im Falle einer strafrechtlichen Verfolgung unbrauchbar. Ein einfacher Screenshot mit dem Handy ist meistens nicht ausreichend. Ein rechtssicherer Screenshot enthält:

- Datum und Uhrzeit
- den (User-)Namen der belästigenden Person
- den Kontext des Kommentars oder der Nachricht (zum Beispiel das Posting, auf der ein Kommentar sich bezieht)
- das Profil oder die Person, gegen den sich der Kommentar richtet

Wie du rechtssichere Screenshots anfertigst, unterscheidet sich von Plattform zu Plattform. Anleitungen findest du z. B. unter hateaid.org/rechtssichere-screenshots.

Was kann ich tun, wenn jemand anderes betroffen ist?

Wenn du beobachtest, dass jemand an deiner Uni oder im Job sexuell belästigt wird, solltest du zunächst beobachten: Wie agiert die Person in der Situation? Wenn du den Eindruck hast, dass die Person gerade nicht handeln kann, kannst du die Situation unterbrechen, zum Beispiel, indem du sie ansprichst und unter einem Vorwand aus der Situation löst.

Wenn sie sich selbst gut behaupten kann, kannst du sie verbal unterstützen. Grundsätzlich gilt: Die Bedürfnisse der betroffenen Person stehen an erster Stelle. Frag sie in einem ruhigen Moment, wie sie die Situation wahrgenommen hat und wie du sie unterstützen kannst. Du kannst die betroffene Person zum Beispiel zu einer Beratungsstelle begleiten, ihr bei einer Anzeige helfen oder, wenn gewünscht und sinnvoll, eine Unterstützer*innen-Gruppe ins Leben rufen.

Und nicht vergessen: Es geht hier nicht darum, »den oder die Held*in zu spielen« – es geht um den Schutz und die Bedürfnisse der betroffenen Person.

Active Bystanding

Active Bystanding ist ein Konzept der kollektiven Verantwortungsübernahme. Active Bystander*innen sind Menschen, die aktiv eingreifen, wenn sie diskriminierendes oder übergriffiges Verhalten beobachten. Um in der Situation selbst sicher und klar zu agieren, kannst du dich an den 5 D orientieren:

Distract – Ablenken: Indirekt eingreifen und die Situation stören, ohne die Belästigung direkt anzusprechen (z. B. nach dem Weg fragen, etwas »fallen lassen«, ein Gespräch mit der betroffenen Person beginnen). Ziel ist, den Vorfall zu unterbrechen.

Delegate – Delegieren: Hilfe von Dritten holen, etwa von Personen mit Autorität (Personal, Lehrende, Vorgesetzte) oder anderen Anwesenden.

Document – Dokumentieren: Den Vorfall festhalten (Notizen, Aufnahme). Wichtig: Das Material gehört der betroffenen Person; nichts ohne ihre Zustimmung veröffentlichen.

Delay – Nachfragen: Nach der Situation auf die betroffene Person zugehen, fragen, wie es ihr geht, und Unterstützung anbieten.

Direct – Direkt eingreifen: Das Verhalten klar benennen und die belästigende Person auffordern aufzuhören (wenn du dir das zutraust).

Was können Unis tun?

Unis und Hochschulen sind verpflichtet, sexuelle Belästigung zu verhindern, Betroffene zu schützen und klare Strukturen für Beschwerden und Sanktionen bereitzustellen. Dazu gehören auch Präventionsmaßnahmen wie Schulungen und Informationskampagnen, sowie die Sensibilisierung für Machtverhältnisse im Hochschulalltag. Wichtig sind vor allem Anlaufstellen für Betroffene, die allgemein bekannt sind und mit nachvollziehbaren Methoden arbeiten: zum Beispiel Gleichstellungs- oder Antidiskriminierungsbüros, die vertrauliche und transparente Verfahren für Betroffene anbieten. Wichtig ist ein niedrigschwelliger Zugang.





Auf einen Blick: Informationen und Anlaufstellen für Betroffene von sexueller Belästigung

Bei digitaler Belästigung

- **Hateaid.org** Praktische Informationen, Onlineberatung und rechtliche Unterstützung
- **Dickstinction.com** Unterstützung bei der Erstattung von Strafanzeigen bei ungefragten Dickpics
- **Juuuport.de** Hilfe für junge Menschen, die sexuelle Belästigung im Internet erfahren
- **klicksafe.de** Allgemeine Materialien zu Sicherheit im Internet

Bei Belästigung am Arbeitsplatz

In größeren Firmen und Institutionen kannst du dich an Betriebsräte und Gleichstellungsbeauftragte wenden. Ansonsten können externe Stellen helfen:

- **themis-Vertrauensstelle.de** Beratung bei sexueller Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz
- **hilfetelefon.de** Umfassende Beratung bei sexueller Belästigung, online und am Telefon
- **116 016** Die Nummer des Hilfetelefons (»Gewalt gegen Frauen«) für Frauen

Bei Belästigung an der Uni

Viele Hochschulen verfügen über eigene Beratungs- und Beschwerdestellen bei sexueller Belästigung. Diese sind in der Regel auf der Website der jeweiligen Hochschule zu finden; auch der AStA kann weiterhelfen. Zusätzlich bieten Studierendenwerke häufig psychosoziale Beratung an.



ARBEITSPLATZ

63 % der Arbeitnehmer*innen haben bereits Sexismus am Arbeitsplatz erlebt. **27 %** waren im letzten Jahr mit abfälligen Sprüche konfrontiert. **24 %** geben an, aufgrund ihres Geschlechts ungleich behandelt worden zu sein. **17 %** haben sexuelle Belästigung im Job erlebt (40 % der Frauen, 18 % der Männer). **Jeder dritte** sexistische Vorfall am Arbeitsplatz ereignete sich digital.

UNI

62 % der Befragten einer Studie von 2022 gaben an, mindestens eine Form geschlechtsbezogener Gewalt erlebt zu haben. **66 %** der Frauen und **74 %** der nichtbinären Menschen haben geschlechtsbezogene Gewalt erlebt. Unter Menschen, die sich als LGBTQ+ identifizieren, sind es **68 %**, unter Menschen mit chronischer Krankheit oder Behinderung sind es **72 %**, unter Angehörigen ethnischer Minderheiten sind es **69 %**.

INTERNET

Etwa **ein Drittel** aller jungen Erwachsenen hat als Kind oder Jugendliche*r sexuelle Grenzüberschreitungen oder sexuelle Gewalt im Internet erlebt. Bezieht man Beleidigungen und Belästigungen mit ein, sind es sogar rund **zwei Drittel**. Etwa **ein Viertel** der jungen Frauen und Mädchen hat bildbasierte sexualisierte Gewalt erfahren, also zum Beispiel das Zusenden oder Anfragen von Nacktaufnahmen oder pornografischem Material.

Krise ist, wenn andere Kasse machen



Mensaessen für alle Studierenden gratis | **1 Milliarde**

Geschätzte jährliche Kosten einer BAföG-Reform | **1,5 Milliarden**

Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets für 3 Monate | **2,5 Milliarden**

Baukosten für 30.000 neue Sozialwohnungen | **10 Milliarden**

Ein Jahr lang alle öffentlichen Kulturausgaben Deutschlands | **15 Milliarden**

Umsetzung des Berliner Volksentscheids »Deutsche Wohnen Enteignen«* | **17 Milliarden**

68 Milliarden
Sanierung
aller Schulen in
Deutschland

So reich ist Elon Musk

74 Milliarden

Vollständige Sanierung maroder Hochschulen

93 Milliarden

Pro Jahr, um den Welthunger bis 2030 zu beenden

Sucht man ein Synonym für »Krise« bieten Wörterbücher Begriffe wie »Tiefpunkt«, »Notlage« oder »Ausnahmesituation« an. Doch diese Übersetzung trifft nicht auf alle Lebensrealitäten zu. Denn während die meisten Menschen gesellschaftliche, soziale oder wirtschaftliche Krisen tatsächlich als belastende Phasen erleben, bedeuten sie für einen kleineren Teil der Bevölkerung in erster Linie Profit.

Sowohl die Corona-Pandemie als auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Angriff der USA und Israels auf den Iran ließen das Vermögen der Reichsten dieser Welt massiv steigen. Seit 2020 wuchs es um rund 81 Prozent, verdoppelte sich also beinahe. Allein 2025 vermehrte sich der finanzielle Besitz der Milliardäre weltweit um 2,5 Billionen Dollar. Das entspricht ungefähr dem gesamten Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung – das heißt von mehr als vier Milliarden Menschen.

Auch in Deutschland zeigt sich diese Entwicklung. Die reichsten zehn Prozent besitzen etwa zwei Drittel des gesamten Vermögens. Das reichste Prozent hält ungefähr 35 Prozent, während die reichsten 0,1 Prozent allein rund ein Fünftel des gesamten Vermögens kontrollieren. Gleichzeitig verfügt etwa die Hälfte der Bevölkerung kaum über Rücklagen oder ist sogar verschuldet. Die Lebenshaltungskosten stiegen in den letzten Jahren drastisch. Lebensmittel kosten heute im Durchschnitt 30 Prozent mehr als 2021. Auch Mieten, Energie und Mobilität werden immer teurer. Profitiert haben davon vor allem diejenigen, denen große Unternehmen, Immobilien und Finanzvermögen gehören. Krisen verstärken soziale Ungleichheit: Die einen verlieren immer mehr, während wenige immer reicher werden. Aber auch außerhalb akuter Krisen wächst die Vermögensungleichheit. Vermögen erzeugt neues Vermögen – durch Kapitalerträge, Immobilienbesitz oder Unternehmensanteile.

»Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Da sagt der Arme bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.«

Bertolt Brecht, Kinderalphabet

Reichtum entsteht nicht im luftleeren Raum

Warum sind manche Menschen reich und andere nicht? In der Regel nicht, weil sie besonders hart arbeiten. Denn ein Großteil des Reichtums wird nicht selbst erwirtschaftet, sondern vererbt. Deutschland gehört dabei zu den Spitzenreitern unter den Industrieländern. Viele Familien, die hier heute zu den vermögendsten zählen, gehörten bereits vor über hundert Jahren zur wirtschaftlichen Elite. Reichtum wird also oft über Generationen weitergegeben. Die Vorstellung vom »Tellerwäscher zum Millionär« ist ein Mythos. Reiche Menschen starten häufig schon mit erheblichen Vorteilen ins Leben: Vermögen der Eltern, Immobilien, gute Netzwerke und Zugang zu besserer Bildung. Dazu kommt eine deutliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Der Großteil des finanziellen Besitzes befindet sich in den Händen von Männern. FLINTA* sind dagegen besonders häufig in den unteren Einkommensgruppen vertreten. Soziale Ungleichheit und patriarchale Strukturen verstärken sich gegenseitig.

Armut ist mehr als fehlendes Geld

Und was bedeutet Armut? Wenn Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht mehr decken können – ausreichend Nahrung, Wohnraum oder medizinische Versorgung –, spricht die Wissenschaft von absoluter Armut. Davon betroffen ist in Deutschland zum Glück nur ein kleiner Kreis von Menschen. Aber selbst hier, in einem der reichsten Länder der Welt, leben zehntausende Menschen ohne Wohnung oder sind von Wohnungslosigkeit bedroht.

Wenn man allerdings das Durchschnittseinkommen zum Maßstab nimmt, dann sieht die Sache schon ganz anders aus. Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist mit 17,7 Millionen Menschen ein Fünftel der Bevölkerung, darunter viele Kinder. Hier können die grundlegenden Bedürfnisse zwar gerade noch gedeckt werden, aber die gesellschaftliche Teilhabe bleibt in vielen Bereichen verwehrt. Kulturelle Veranstaltungen, Sportvereine oder Schulausflüge werden zum Luxus. Urlaub oder Restaurantbesuche sind gar nicht erst drin. Viele Menschen müssen jeden Monat genau kalkulieren und dauerhaft auf vieles verzichten – und das, obwohl sie arbeiten. Aktuell müssen rund 810.000 Beschäftigte ihren Lohn mit Bürgergeld aufstocken, um über die Runden zu kommen.



130 Milliarden
Investitionsstau bei der Deutschen Bahn

400 Milliarden
127 Jahre lang jede Sekunde 100 Euro verschenken



Soziale Ungleichheit hat System

Soziale Ungleichheit ist eine Folge struktureller Ausschlüsse und Abwertungen. So arbeiten FLINTA* wesentlich häufiger in schlechter bezahlten Branchen und in Teilzeit, übernehmen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und verdienen pro Stunde im Schnitt 16 Prozent weniger (Gender-Pay-Gap). Das setzt sich fort über geringere Rentenansprüche (Gender-Pension-Gap) bis hin zu rund einem Viertel weniger Vermögen (Gender-Wealth-Gap). Steuerregeln wie das Ehegattensplitting verstärken diese Schieflage zusätzlich. Und die Mechanismen wirken nicht isoliert: Wer zusätzlich z. B. von Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit betroffen ist, trägt mehrere Benachteiligungen gleichzeitig, die sich nicht nur summieren, sondern gegenseitig verstärken.

Soziale Ungleichheit an den Hochschulen

Besonders sichtbar wird soziale Ungleichheit auch an Universitäten. Ein großer Teil der Studierenden lebt an oder unter der Armutsgrenze. Vor allem Studierende, die allein oder in Wohngemeinschaften wohnen, sind betroffen. Rund 80 Prozent von ihnen gelten als armutsgefährdet. Auch, weil die Preise für Lebensmittel und Mieten in vielen Universitätsstädten weiter und weiter steigen und das BAföG nicht mehr fürs Leben reicht. Zwei Drittel der Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten, um ihren Alltag zu finanzieren. Gleichzeitig wird der Berufseinstieg trotz akademischer Abschlüsse unsicherer. Wenn sich an den Lebenshaltungskosten und der Studienfinanzierung nichts ändert, droht Studieren zunehmend zu einer Frage des Geldbeutels der Eltern zu werden. Bildung, die eigentlich soziale Ungleichheit ausgleichen sollte, reproduziert sie dann erneut.

Wenn Vermögen zu Macht wird

Die Folgen dieser Ungleichheit reichen weit über finanzielle Unterschiede hinaus. Die meisten Menschen erhoffen sich von ihrem Ersparnis vor allem Sicherheit: eine Rücklage für Krisen, bessere Bildungschancen oder Absicherung im Alter. Oft wird daraus aber nichts. Denn das Geld geht für Pflegekosten oder steigende Mieten drauf.

Für sehr reiche Menschen bedeutet Vermögen dagegen vor allem Macht. Wer große Unternehmen besitzt, entscheidet über Arbeitsplätze und Löhne. Durch Lobbyismus, Parteispenden oder den Besitz von Medienhäusern können Superreiche zudem politischen und gesellschaftlichen Einfluss ausüben. Reichtum konzentriert deshalb nicht nur Geld, sondern auch Macht. Dass große Vermögen in Deutschland politisch besonders geschützt sind, ist daher kein Zufall. Viele reiche Familien prägen die gesellschaftlichen Verhältnisse auch politisch seit Generationen mit – mal offen, mal im Hintergrund. Extreme Ungleichheit gefährdet damit auch demokratische Prinzipien. Denn politische Gleichheit wird ausgehöhlt, wenn wirtschaftliche Macht ungleich verteilt ist.

Welche politischen Antworten braucht es?

Das gesamte Privatvermögen in Deutschland lag 2021 bei rund 13,2 Billionen Euro. Eine unvorstellbare Summe. Würde sie gerecht unter allen Menschen in Deutschland verteilt, hätte jede*r Einwohner*in 158.653 Euro auf dem Konto. Eine ordentliche Grundlage für ein gutes Leben. Eine vollständige Umverteilung erscheint politisch derzeit zwar unrealistisch, dennoch gäbe es konkrete Maßnahmen gegen extreme Ungleichheit.

Ein erster Schritt wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Sie wurde in Deutschland nicht abgeschafft, sondern lediglich ausgesetzt und könnte reformiert werden. Große Vermögen würden dadurch stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen.

Ebenso wichtig wäre eine höhere Besteuerung sehr großer Erbschaften. Während Arbeitseinkommen besteuert werden, können riesige Vermögen oft nahezu unberührt über Generationen weitergegeben werden. Dadurch entstehen wirtschaftliche Dynastien, die auch ihre politische Macht dauerhaft absichern.

Wenn wir wollen, dass sich daran etwas verändert, braucht es politischen Druck von unten. Denn diejenigen, die von der bestehenden Ungleichheit profitieren, verfügen bereits über enorme Ressourcen und Einflussmöglichkeiten. Veränderungen entstehen deshalb nur dann, wenn viele Menschen gemeinsam dafür kämpfen.



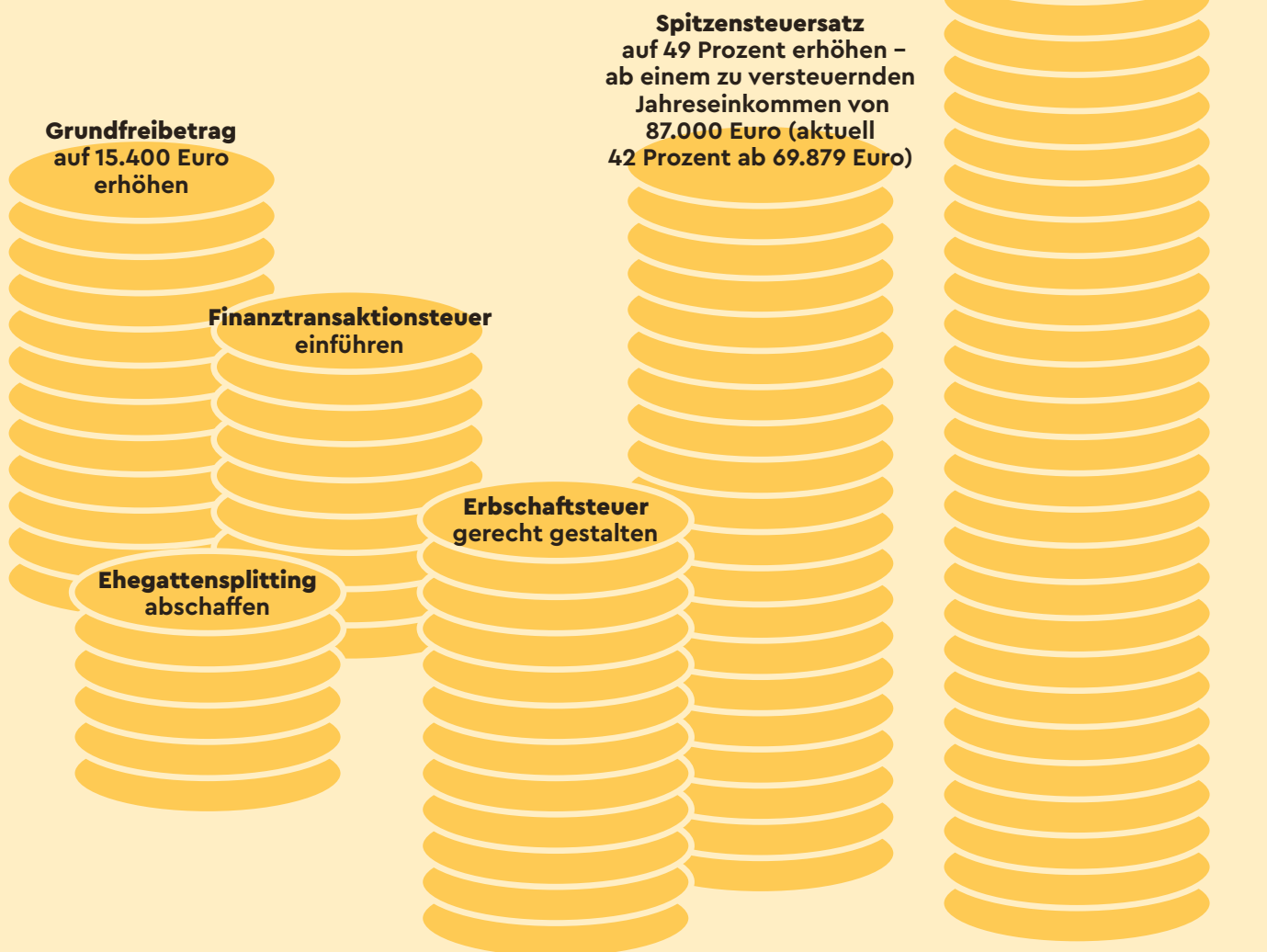
600 Milliarden

Ein Jahrzehnt öffentliche Zukunftsinvestitionen in
Klima, Infrastruktur und Industrie finanzieren

Unsere Idee von Gerechtigkeit

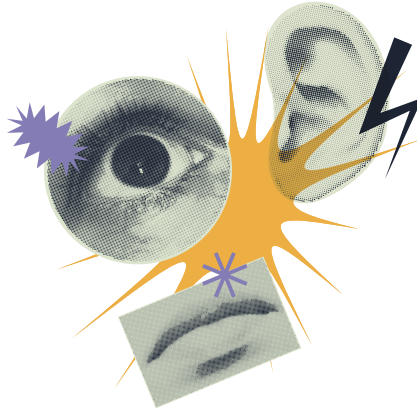
Das DGB-Steuerkonzept auf einen Blick

Wir wollen eine Reform verschiedener Steuerarten, darunter auch der Lohn- und Einkommensteuer. Nach unseren Plänen müssten hier 95 Prozent der Steuerpflichtigen weniger zahlen und nur Spitzenverdiener*innen mehr. Das Gesamtpaket, das wir vorschlagen, bringt der öffentlichen Hand ein Plus von rund 60 Milliarden Euro. Geld, das dringend gebraucht wird. Und das gerecht gezahlt wird.



1 Billion*

»Die Rechte setzt auf Emotionalisierung, weil sie sonst nicht viel Handfestes vorzuweisen hat.«



Ein Gespräch über die gefährliche Kombination von einfachen Feindbildern und starken Gefühlen. Und die Notwendigkeit, zusammen dagegenzuhalten.

Du hast dich mit extrem rechten und rechtspopulistischen Mobilisierungsstrategien in der Arbeitswelt beschäftigt. Was kannst du uns darüber erzählen?

Es gibt organisierte extrem rechte Akteure, die versuchen, in Unternehmen Einfluss zu gewinnen, zum Beispiel über die Betriebsratswahlen. Sie finden sich vor allem in bestimmten Betrieben der Automobilindustrie. Das ist zum Glück aber ein relativ überschaubares Phänomen. Allerdings sind rechte Einstellungsmuster viel breiter unter Beschäftigten zu finden.

Wer sind diese organisierten Akteure?

Bekannt geworden ist in letzter Zeit der Verein »Zentrum«. Er bezeichnet sich selbst als alternative Gewerkschaft und ist vor allem in Industriebetrieben aktiv. »Zentrum« ist klein, schafft es aber teilweise, durch eine aggressive Art der Öffentlichkeitsarbeit in den Unternehmen Aufmerksamkeit zu erzielen.

Ist »Zentrum« denn eine Gewerkschaft?

Das ist umstritten. So lässt sich zu den Mitgliederzahlen kaum etwas herausfinden und es ist davon auszugehen, dass sie nur sehr wenige Mitglieder haben. Sie können dem

Arbeitgeber nicht mit realer Macht – einem hohen Organisationsgrad und daraus resultierender Arbeitskampffähigkeit – gegenüberreten. Sie sind nicht tariffähig und damit auch keine Gewerkschaft. Aber weil sie wissen, dass sie in den Betrieben real gar nichts verhandeln oder durchsetzen können, konzentrieren sie sich auf betriebliche Öffentlichkeitsarbeit. Das beinhaltet vor allem Angriffe auf die DGB-Gewerkschaften, denen unterstellt wird, sie würden lügen und gemeinsame Sache mit »denen da oben« machen. Diese Masche kennen wir von der extremen Rechten, auch von der AfD.

Wie präsentiert sich »Zentrum« den Beschäftigten?

Sie versuchen stark, sich als nahbar zu inszenieren, als Kümmerer, die vor Ort sind und nicht abgehoben. Das Ganze funktioniert immer in Abgrenzung zu einem klaren Feindbild. Für »Zentrum« ist das die IG Metall, also die echte Gewerkschaft vor Ort, die real Dinge durchsetzt und Tarifverträge verhandelt. Der IG Metall wird vorgeworfen, abgehoben zu sein, mit dem Management unter einer Decke zu stecken, von Arbeitsplatzabbau zu profitieren. Es ist ein populistisches Muster, das man hier beobachten kann.

Wie erzählen rechte Akteure den Interessenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital?

Die populistische Kommunikationsstrategie ist, dass es ein Unten gibt, das gut ist, und ein Oben, das schlecht ist und das man angreift. Schematisch gesehen hat das eine Verwandtschaft mit dem, was im Gewerkschaftlichen der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer*innen, ist. Aber er ist in rechts-populistischen Narrativen anders besetzt. Unten heißt hier nicht Lohnabhängigkeit, die eigene Arbeitskraft zu Markte tragen zu müssen, um zu überleben. Und oben heißt auch nicht, aufgrund von Vermögen vielleicht gar nicht arbeiten zu müssen. Stattdessen geht es um »das Volk« und »die Eliten«. Die konkrete Bestimmung ist immer schwammig. Ökonomische Verhältnisse werden meist gar nicht einbezogen. »Oben« sind in diesen Kommunikationsmodellen so etwas wie »korrupte Politiker der Altparteien« oder eben die DGB-Gewerkschaften. Diese werden als Elite erzählt und attackiert.

Welche Rolle spielen Emotionen als Mobilisierungsfaktor?

Eine ganz wichtige Rolle. Die Rechte setzt auf Emotionalisierung, weil sie sonst nicht viel Handfestes vorzuweisen hat. Umso wichtiger ist als Kompensation eine Ansprache, die die Leute erreicht, auch wenn auf dem Papier gar nichts erreicht wurde. Die Emotionalisierung wird vor allem über persönliche Geschichten transportiert. Für Videos werden Leute vor die Kamera gesetzt, die bei »Zentrum« sind und denen »Zentrum« zur Seite stand. Sie erzählen ihre Geschichte, unterlegt mit berührender Musik. Das ist nicht ungeschickt gemacht und professionell aufbereitet, von der Technik, vom Setting, von den Lichtstimmungen her. Alles zielt auf die Emotionen der Zuschauenden ab.

Sollten wir als DGB-Gewerkschaften auch emotionaler kommunizieren? Oder eher über die Methoden der Rechten aufklären?

Es gibt für beides gute Argumente: Die letztere wäre eher so im Sinne von Bertolt Brecht, der sich Zuschauer*innen wünschte, die distanziert beobachten, statt sich von einer emotionalen Ansprache direkt mitreißen zu lassen. Es ist wichtig, Propaganda hinterfragen zu können. Andererseits ist die Ansprache der Emotionen nichts, was den Rechten gehört. Emotionen sind etwas, das uns als Menschen ausmacht. Wir sind nicht nur rationale Wesen und wir treffen auch unsere Entscheidungen nicht immer anhand von rationalen Argumenten, vermutlich sogar eher weniger, sondern nach Bauchgefühl, nach Empfindungen. Das in der Ansprache von Menschen auszulassen, sei es seitens der Politik oder seitens der Gewerkschaften, fände ich fahrlässig.

Was ist ...

... eine Gewerkschaft?

Gewerkschaften sind Zusammenschlüsse von Beschäftigten, die gemeinsam für bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und faire Arbeitsbedingungen eintreten. Ihre Stärke sind ihre Mitglieder: Je mehr eine Gewerkschaft hat, desto besser kann sie sich durchsetzen. Gewerkschaften sind unabhängig von Staat und Parteien, demokratisch organisiert und durch das Grundgesetz geschützt. Die größten deutschen Gewerkschaften sind unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) vereint.

... ein Betriebsrat?

Der Betriebsrat ist die gewählte Interessenvertretung der Beschäftigten in einem Betrieb. Er wacht darüber, dass Tarifverträge, Gesetze und Betriebsvereinbarungen eingehalten werden. Und er hat in vielen Fragen ein Mitspracherecht, zum Beispiel bei Arbeitszeiten, Schichtplänen oder beim Gesundheitsschutz. Anders als eine Gewerkschaft, die für eine ganze Branche eintritt, ist der Betriebsrat nur für ein Unternehmen zuständig.

... der Organisationsgrad?

Der Organisationsgrad gibt an, welcher Anteil der Beschäftigten in einer Branche oder einem Unternehmen Mitglied einer Gewerkschaft ist. Er ist eine wichtige Kennzahl für die gewerkschaftliche Stärke: Wo viele organisiert sind, lässt sich am Verhandlungstisch mehr erreichen, weil mit Streiks oder anderen Mitteln tatsächlich Druck aufgebaut werden kann.

... ein Arbeitskampf?

Als Arbeitskampf bezeichnet man die Mittel, mit denen Beschäftigte oder Arbeitgeber in einem Tarifkonflikt die andere Seite absichtlich unter Druck setzen, um ein bestimmtes Verhandlungsziel zu erreichen. Gewerkschaften nutzen dafür den Streik, also die gemeinsame Arbeitsniederlegung. Der Arbeitskampf ist über die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit (Artikel 9) geschützt.

... ein Tarifvertrag?

Ein Tarifvertrag legt verbindlich fest, was für die Beschäftigten einer Branche oder eines Betriebs gilt: Löhne, Arbeitszeiten, Urlaubstage, Sonderzahlungen und mehr. Abgeschlossen wird er zwischen einer Gewerkschaft und einem Arbeitgeber oder Arbeitgeberverband. Die Regelungen sind Mindeststandards, unterschreiten geht nicht. Abschließen kann ihn nur, wer tariffähig ist, also genug organisierte Mitglieder und damit echte Durchsetzungskraft hat. Für Beschäftigte lohnt sich das messbar: Mit Tarifvertrag gibt es im Schnitt mehr Geld, kürzere Arbeitszeiten und mehr Urlaub.

Im Frühjahr 2026 fanden bundesweit Betriebsratswahlen statt. Wie sind die für die Gewerkschaften gelaufen?

Total erfreulich. Man hat gemerkt, dass wir uns wieder in einer politisierten Situation befinden. Die Wahlbeteiligungen waren sehr hoch. Und die DGB-Gewerkschaften haben zwischen 80 und 85 Prozent der Mandate geholt. Das ist ein Vertrauenszeichen. Es ist aber auch ein Auftrag. Menschen vertrauen ihnen und aus dieser Ressource muss man etwas machen.

Was können die Gewerkschaften dem Rechtsruck entgegensetzen?

Das ist eine große Frage. Ich habe keine Blaupause, die ich als Handlungsempfehlung herausgeben könnte. Den Weg müssen die Gewerkschafter*innen miteinander diskutieren. Die Anzahl derjenigen, die sich selbst als Arbeiter*in definieren und AfD wählen, ist erschreckend hoch. Das ist ein komplexes Problem, das man nicht mit einer einzigen Lösung bewältigen kann. Oft wird gesagt, man brauche mehr soziale Gerechtigkeit, um Abstiegsängsten zu begegnen. Das ist sicher ein Aspekt. Aber es gibt einfach auch viele Leute, die ein chauvinistisches, rassistisches, sexistisches Weltbild haben und sich in diesem neuen Klima richtig wohlfühlen. Da muss man Widerspruch leisten und Menschen, die noch offen sind, von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit überzeugen.

Warum ist es auch für Studierende sinnvoll, Gewerkschaftsmitglied zu werden?

Da alle Studierenden nach ihrem Studium und teilweise schon während ihres Studiums arbeiten müssen, ist es vernünftig, sich in der Gewerkschaft zu engagieren. Nur so kann man die eigene Verhandlungsposition stärken. Gewerkschaften verstehen sich zudem als antifaschistische Organisationen. Mit über fünf Millionen Mitgliedern gehören die DGB-Gewerkschaften zu den letzten Großorganisationen unserer Gesellschaft, in denen viele Leute parteiübergreifend, glaubensübergreifend und herkunftsübergreifend zusammenstehen. Das ist eine sehr wertvolle Ressource, und es lohnt sich immer, Teil dieser Gemeinschaft zu sein.

Zu guter Letzt noch ein kleiner Fokuswechsel, denn auch Hochschulen geraten vermehrt durch rechte Akteure unter Druck ...

Ja. Darüber habe ich als Journalistin mit Prof. Dr. Walter Rosenthal gesprochen, dem Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz. Er sagte, dass es schon seit einiger Zeit zu Einschüchterungsversuchen seitens der AfD kommt. Zum Beispiel stellen sie Kleine Anfragen in den Landtagen: Sie wollen zum Beispiel wissen, wer Genderforschung betreibt, und versuchen, personenbezogene Daten herauszufinden, um ein Klima der Angst gegen bestimmte kritische

Wissenschaftszweige zu erzeugen. Das betrifft vor allem Genderforschung, Klimaforschung und alles, von dem die AfD sagt, es sei Quatsch. Sie planen außerdem, inhaltlich stark in die Geisteswissenschaften einzugreifen. Immer unter dem Narrativ, die Arbeit dort sei nicht neutral, nicht wissenschaftlich, sondern ideologisch. Währenddessen muss man feststellen, dass sie selbst maximal ideologisieren und die Freiheit von Forschung und Lehre, die im Grundgesetz festgehalten ist, massiv untergraben. Wenn es ein Forschungsfeld gibt, das man sich anschauen möchte, zum Beispiel Geschlechterungleichheiten, dann darf die Politik da nicht eingreifen. Lehrende und Forschende können selbst entscheiden, dass sie sich damit befassen möchten. Die AfD möchte dem einen ideologischen Riegel vorschieben. Das ist gefährlich.

Kann man was tun?

Aus dem Interview mit Herrn Rosenthal habe ich mitgenommen, dass er sehr stark darauf setzt, dass die Wissenschaftscommunity selbst, also auch die Studierenden und die Zivilgesellschaft, sich solche Sachen nicht bieten lassen, selbst wenn die AfD irgendwann irgendwo an eine Regierung kommt. Man muss sich dagegen organisieren. Vielen Dank für das Gespräch, Daphne!



Foto: Sverja Heinrichs

Daphne Weber hat zu strategischer Kommunikation in politischen Mobilisierungen 2024 an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert und zuletzt zu gewerkschaftlichen Bestrebungen der extremen Rechten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung geforscht. Ende 2025 erschien ihr Buch »Politik der Parole. Ästhetische Praktiken politischer Mobilisierung« im Campus Verlag.



Das Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ist die gemeinsame Stiftung der DGB-Gewerkschaften. Sie fördert Studierende (und Promovierende) mit überdurchschnittlichen Leistungen sowie gewerkschaftlichem und/oder gesellschaftspolischem Engagement – insbesondere Studierende auf dem zweiten oder dritten Bildungsweg. Voraussetzung für eine Förderung ist zudem, dass du formal BAföG-berechtigt bist.

Das Stipendium umfasst bis zu 855 Euro monatlich zuzüglich 300 Euro Studienkostenpauschale. Auch Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung und Kinderbetreuungszuschläge sind drin. Das Stipendium muss im Gegensatz zum BAföG nicht zurückgezahlt werden. Die Bewerbung ist zum Winter- und zum Sommersemester möglich.



Hier findest du alle Informationen
zum HBS-Stipendium!

**Hans Böckler
Stiftung**



Arbeitslos trotz Uniabschluss?

»Vielen Dank für Ihre Bewerbung. Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass unsere Auswahl auf eine andere Bewerberin gefallen ist. Für Ihre berufliche und persönliche Zukunft wünschen wir Ihnen alles Gute.«

Diese Sätze kennt Lea Hohnack inzwischen auswendig. 75-mal musste sie diese oder eine ähnliche Nachricht im letzten halben Jahr lesen. So oft hat sie sich auf Jobs beworben. Und so oft wurde sie abgelehnt. »Es ist unfassbar frustrierend«, sagt die 30-Jährige. »Als ich mit dem Master fertig war, dachte ich, mir steht die Welt offen.«

Stattdessen bekommt Lea meistens nach monatelangem Warten nur eine standardisierte Absage. »Oft kommt auch gar keine Antwort«. Nur ein einziges Mal wurde sie bisher zum Vorstellungsgespräch eingeladen, ohne Erfolg. Dabei bringt Lea eigentlich alles mit, was der Arbeitsmarkt sucht: eine Ausbildung zur Medienkauffrau, einen Bachelor- und einen Masterabschluss, Note 1,3. Während ihres Studiums wurde sie von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert, dem Begabtenförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Heute bezieht sie Bürgergeld. »Ich frage mich die ganze Zeit, woran es liegt. Und natürlich fängt man dann an, an sich selbst zu zweifeln.«

So wie Lea geht es vielen Studienabgänger*innen, der Einstieg in den Arbeitsmarkt ist in den vergangenen Jahren deutlich schwieriger geworden. 2025 waren rund 335.000 Akademiker*innen arbeitslos, 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Insgesamt ist die Zahl erwerbsloser Hochschulabsolvent*innen damit so hoch wie nie zuvor. Besonders betroffen sind junge Akademiker*innen: Die Zahl der unter 30-Jährigen, die trotz Hochschulabschluss keinen Arbeitsplatz finden, hat sich zwischen 2022 und 2025 fast verdoppelt.

Weniger Stellen, mehr Konkurrenz

Diese Entwicklung beobachtet auch Christine Herker vom Career Service der Technischen Universität Berlin: »Wir sehen deutlich weniger ausgeschriebene Jobs. Und es dauert länger, bis Absolvent*innen etwas finden.« Betroffen sind auch technische Studiengänge, die bislang immer als sicher galten. Als Grund dafür vermutet Herker die angespannte wirtschaftliche Lage. Unternehmen müssten sparen und strichen dafür Einstiegsstellen. Denn diese ließen sich inzwischen häufig automatisieren. »Recherche oder einfache Auswertungen kann KI mittlerweile gut übernehmen«, sagt Herker.

Überlegt und gezielt bewerben

Für Bewerber*innen bedeutet das mehr Konkurrenz und höhere Anforderungen an die eigene Bewerbung. Christine Herker rät daher, auf Qualität statt auf Quantität zu setzen. »Viele bewerben sich sehr breit und planlos«, sagt sie. »Dann fehlt aber oft die klare Argumentation, warum man genau diesen Job will.« Ihr Rat: lieber weniger Bewerbungen schreiben, diese dafür aber gezielt auf die Stelle zuschneiden.

Das gilt auch für den Lebenslauf. Kreativität sei dann erlaubt, sagt Christine Herker, wenn es zur Stellenausschreibung passe. Wer viel zu erzählen hat, dürfe auch mehr als eine Seite einreichen. Bewerber*innen sollten aber nicht einfach alles auflisten, sondern gezielt die Erfahrungen hervorheben, die zur Stelle passen. »Man kann sich das wie einen Werkzeugkasten vorstellen«, sagt Herker. »Und je nach Job zeige ich die Werkzeuge, die ich gerade brauche.«

Früh Praxis sammeln

Besonders wichtig sind bei der Arbeitssuche praktische Erfahrungen. Christine Herker rät Studierenden daher, möglichst früh in den Bereichen tätig zu werden, die sie interessieren. Ob durch Nebenjobs oder Praktika: Wer bereits während des Studiums praktische Erfahrung sammelt, hat es später leichter. Viele Absolvent*innen werden sogar dort übernommen, wo sie schon während des Studiums gearbeitet haben.

Bei Lea war das nicht der Fall. Sie ärgert sich deshalb, dass sie sich möglichst schnell exmatrikuliert hat. Sie hätte noch bis zur Zeugnisvergabe eingeschrieben bleiben können. »Dann hätte ich einen Studijob oder Praktikum machen können, das vielleicht zu etwas geführt hätte.« Viele ihrer Kommiliton*innen haben aufgrund des schwierigen Jobmarkts entschieden, ihr Studium noch etwas zu verlängern. Sie warten ab, bis sich die Lage entspannt hat. Und sammeln weiter wertvolle Erfahrung.

Stärken betonen

Doch auch ohne passende Berufserfahrung lässt sich ein Lebenslauf aufwerten, sagt Christine Herker. »Es geht darum, die eigenen Kompetenzen für die Arbeitgeber zu übersetzen.« Wer etwa in der Gastronomie gearbeitet hat, kann Teamfähigkeit, Stressresistenz oder Kundenkontakt betonen.

Viele Absolvent*innen schrecken davor zurück, sich auf Stellen zu bewerben, bei denen sie nicht alle Anforderungen erfüllen. Dabei sei eine Ausschreibung oft eine Wunschvorstellung der Arbeitgeber, sagt Herker. Wer einen Großteil erfüllt, sollte sich trotzdem bewerben. Und im Anschreiben die eigenen Lernkompetenzen betonen.

Netzwerken

Ein Faktor, der bei der Arbeitssuche immer wichtiger wird, ist das Netzwerken. Denn viele Jobs werden über Kontakte vergeben. Christine Herker empfiehlt Studierenden daher, ihr Netzwerk auszubauen und zu nutzen. »Mit Leuten zu sprechen ist eines der wichtigsten Tools.« Das bedeutet konkret: Kontakte anschreiben, nach Einblicken fragen, sich austauschen. Herker empfiehlt, nicht direkt nach einem Job, sondern erstmal nach Informationen zu fragen.

Lea hat das lange unterschätzt. »Ich habe gedacht, das ist irgendwie unfair«, sagt sie. »Aber jetzt merke ich, dass es total wichtig ist.« Einige Stellen, auf die sie sich beworben hat, hätte sie ohne Hilfe gar nicht gefunden. Inzwischen spricht sie gezielt Menschen an, erzählt, dass sie auf Jobsuche ist, geht auf Veranstaltungen und versucht, in sozialen Netzwerken sichtbar zu sein. »Man muss es schaffen, dass die Leute einen auf dem Schirm haben«, sagt sie. Lea hat ihren Suchradius mittlerweile erweitert und bewirbt sich auch auf Stellen außerhalb ihres Bereichs. Wenn sie nach einem Jahr noch keinen Job gefunden hat, will sie einen Quereinstieg versuchen. Es ist nicht das, was sie sich ursprünglich vorgestellt hat. Aber es ist ein Plan. Und vor allem: ein Schritt raus aus der Warteschleife.



DREI FREI- ZEITEN FRAGEN



Carina Himmler (27)

Studium: Lehramt für Sonderpädagogik

Engagement: ver.di und GEW, aktiv in der Hochschulgruppe in Freiburg, für die DGB-Jugend im Vorstand des Landesjugendrings Baden-Württemberg

Du hast 3 Wünsche frei...



Puh – ganz klassisch würde ich mir erstmal wünschen, mehr Wünsche zu haben ;)



Ich wünsche mir ein gemeinsames Wohnprojekt in einem großen Haus mit Garten zusammen mit meiner Partnerin und Freund*innen, in dem sich alle wohlfühlen und wir solidarisch miteinander leben.



Für meine Zukunft als Lehrerin wünsche ich mir, Kinder und Jugendliche stärken zu können, ihnen eine Stimme zu geben und mich gemeinsam mit ihnen für ihre Rechte einzusetzen.

Wann hast du zum letzten Mal herzlich gelacht und warum?

Ich bin ehrlich gesagt ziemlich leicht zum Lachen zu bringen und zu meiner eigenen Überraschung kriegen mich Dad Jokes schon immer wieder :D

Dein Lieblingsmeme?

Da bin ich gar nicht so festgelegt – ich mag vor allem situative Memes, die genau den Moment treffen.



Sandro Schulz (23)

Studium: Lehramt Mathematik und Politische Bildung

Engagement: Landessprecher der GEW Studis Brandenburg, DGB-Hochschulgruppensprecher, studentischer Personalrat an der Uni Potsdam (u.v.m.)

Du hast 3 Wünsche frei ...



90 Prozent (wir wollen ja bescheiden bleiben) Orga-Grad an Hochschulen ... wobei, eigentlich überall. Und dann auch gleich 100 Prozent.



Weitere gewerkschaftliche Forderungen werden ja sowieso erkämpft, wenn der erste Wunsch erfüllt wird. Aber um eine herauszustellen: Her mit dem TVStud! Reicht langsam mit der Blockadehaltung der Arbeitgeber.



Es braucht wieder Bier in den Mensen.

Wann hast du zum letzten Mal herzhaft gelacht und warum?

Ich war neulich das erste Mal in einem Auto in einer Waschstraße und diese Erfahrung hat mich wirklich begeistert.

Dein Lieblingsmeme?

Da müssen wir kurz vergessen, dass Batman eigentlich Milliardär ist:



Pauline Karle (27)

Studium: Gesundheitspsychologie

Engagement: DGB-Hochschulgruppe und Berufsschularbeit, Trainerin DGB-Bildungswerk

Du hast 3 Wünsche frei ...



Dass alle Menschen erkennen, wie viel schöner unser Leben sein könnte, wenn wir uns nicht von Misstrauen und Konkurrenz antreiben ließen, sondern von Miteinander und Solidarität.



Dass alle eingefleischten 'There is no alternative'-Menschen mal kurz aus dem Weg gehen, damit wir zeigen können, dass es ganz wohl auch anders geht.



Dass mehr junge Menschen gewerkschaftliche Bildungsangebote wahrnehmen, weil ich aus eigener Erfahrung weiß, was politische Bildung verändern kann und darin eine riesige Chance sehe. Und mal ehrlich: Wie kann man sich gutes Essen, Sauna und ein bisschen Hattingen-Magie entgehen lassen?

Wann hast du zum letzten Mal herzhaft gelacht und warum?

Immer wenn jemand ernsthaft behauptet, Teilzeitarbeit sei ein Lifestyle-Problem. Da lache ich, weil ich sonst weinen müsste.

Dein Lieblingsmeme?

Ich liebe diesen Blick, da er wirklich sehr universell einsetzbar ist:



Niclas Reuter (29)

Studium: Soziale Arbeit

Engagement: ver.di, DGB-Hochschulgruppe in Hamburg, ver.di-Kampagne 100 Tage unbezahlt, Stipendiat*innen-Gruppe Hans-Böckler-Stiftung

Du hast 3 Wünsche frei ...



Soziale Gerechtigkeit



Make Antifacism Great Again



Ein Erfolg unserer ver.di-Kampagne »100 Tage unbezahlt« für eine faire Vergütung im Pflichtpraktikum im B.A. Soziale Arbeit, Heilpädagogik und Kindheitspädagogik

Wann hast du zum letzten Mal herzhaft gelacht und warum?

Am 1. Mai, weil wir über 1.000 Menschen bei uns im Jugendblock auf der DGB-Demo hatten und die Stimmung kämpferisch und entschlossen war. Solche Momente sind unglaublich wichtig für das eigene Empowerment!

Dein Lieblingsmeme?

»Reformen« unserer Regierung:



AUGEN &



BÜCHER

Frauen und Revolution

Shila Behjat, Hanser Verlag

Shila Behjat erzählt von Frauen in Demokratiebewegungen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Es geht um Mut, Risiko, Solidarität und die Frage, warum feministische Kämpfe immer auch Kämpfe um Demokratie sind. Das Buch zeigt Frauen nicht als Randfiguren der Geschichte, sondern als Menschen, die Veränderung antreiben – gerade auch gegen autoritäre Regime und zwar von innen heraus.

Gegenmacht: Die Zivilgesellschaft schlägt zurück

Arne Semsrott, Droemer Knaur

Schluss mit Ohnmacht und Untergangsstimmung: Arne Semsrott zeigt, wie sich die Zivilgesellschaft gegen die autoritäre Wende stemmen kann und macht Mut zur demokratischen Offensive. Diskutiert werden politische Instrumente, die wir nutzen können und sollten, um stabil zu bleiben und mehr zu werden.

Das können wir uns nicht leisten

Miriam Davoudvandi, btb Verlag

Was bedeutet es, in Deutschland arm zu sein? Miriam Davoudvandi erzählt ehrlich und persönlich von ihrer Kindheit im Sozialbau, von Scham und vom Gefühl, nicht dazugegehören. Dabei thematisiert sie fehlendes Geld ebenso wie Schule und Studium, Wohnen, Gesundheit, Freundschaften und Psyche. Ein Buch aus einer Perspektive, die in der Debatte um Armut meist fehlt: die der Betroffenen selbst.

Liefern

Tomer Gardi, Tropen Verlag

Sie rasen täglich durch unsere Städte und werden doch übersehen: Essenslieferant*innen. Tomer Gardi gibt ihnen in sechs Episoden über Kontinente hinweg eine Stimme. Anhand konkreter und miteinander verknüpfter Schicksale in Tel Aviv, Neu-Delhi, Buenos Aires, Naivasha, Istanbul und Berlin wird das globale Ausbeutungssystem der Plattformökonomie sichtbar.

PODCASTS

ArbeiterKind.de – Der Podcast

Erste*r in der Familie an der Uni? Menschen erzählen von Studienwahl, Zweifeln, Geldsorgen, Berufseinstieg und Momenten, in denen jemand geholfen hat. Es geht nicht um perfekte Erfolgsgeschichten, sondern um echte Wege durchs Studium. Besonders gut für alle, die am Campus manchmal denken: Bin ich hier eigentlich richtig?

35h. Eine Geschichte von Migration, Kampf und Mitbestimmung – Arbeitswelt Podcast, DGB Baden-Württemberg

35 Stunden Arbeitszeit pro Woche klingen heute für viele selbstverständlich. Sie wurden aber erkämpft. In dieser Folge erzählt Romolo Murgia, wie er als Gastarbeiter, Gewerkschafter und Betriebsrat den Streik in der Metall und Elektroindustrie erlebt hat. Es geht um Migration, Arbeit, Zusammenhalt und die Frage, warum Arbeitszeitpolitik auch heute nicht von gestern ist.

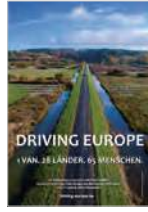
Union Busting. Ein Betroffener berichtet – Lohn und BrotCast

Betriebsräte sind Mitbestimmung im Betrieb. Genau deshalb geraten sie immer wieder unter Druck. Diese Folge zeigt, wie Union Busting konkret aussehen kann: Einschüchterung, Stress, Angriffe auf Menschen, die sich organisieren. Der Fall wird anonymisiert erzählt, wirkt aber sehr nah.

Danke für Nichts – Feministischer Podcast über Care und Wirtschaft

Warum haben wir immer zu wenig Zeit für Kochen, Putzen, Waschen? Warum werden Pflegekräfte so schlecht bezahlt? Warum leisten überwiegend FLINTA-Personen und Migrant*innen Care-Arbeit? Die zweite Podcast-Staffel fokussiert sich auf Arbeitskämpfe und Sorgearbeit: Welche Rolle spielen Gewerkschaften bei der Aufwertung von Care-Arbeit und was ist feministische Gewerkschaftsarbeit?

OHREN AUF!



FILME

Muganga – Celui Qui Soigne

Denis Mukwege behandelt im Kongo seit Jahrzehnten Frauen, deren Körper zur Waffe des Krieges gemacht wurden. Der Film erzählt vom Überleben sexualisierter Gewalt, von der Arbeit des Friedensnobelpreisträgers und vom Kampf um Würde und Menschenrechte. Dabei geht es auch um globale Verantwortung. Gewinner des DGB-Filmpreises 2026.

Driving Europe

Lkw-Fahrer*innen halten Europa am Laufen und zahlen dafür einen hohen Preis. Driving Europe begleitet sie während eines Arbeitskampfes. Ausstehende Löhne und immenser Zeitdruck veranlassen sie, die Reißleine zu ziehen: Sie stellen ihre Lastwägen ab und streiken. Unterstützt werden sie von Gewerkschaften aus mehreren Ländern.

Stolz & Eigensinn

Industriearbeit, Umbruch, Entlassungen: Stolz & Eigensinn erzählt aus Sicht von Frauen, die in ostdeutschen Großbetrieben gearbeitet haben. Viele von ihnen wurden nach der Wende kaum gefragt, was sie erlebt und verloren haben. Dieser Film gibt ihnen Raum.

Ich verstehe Ihren Unmut

Mitten in der Debatte um »Lifestyle-Teilzeit« richtet der Film den Blick auf das, was in Deutschland unsichtbar bleibt: Menschen, die sich im Niedriglohnsektor aufreiben. Als Objektleiterin in der Gebäudereinigung koordiniert Heike täglich die Interessen von Kund*innen, der Firmenleitung und den Reinigungskräften und gerät dabei zwischen alle Fronten.

48 Tage

Der Film erzählt die Geschichte des 48-tägigen Streiks bei der CFM in Berlin – einer Tochterfirma der Charité – aus der Perspektive türkeistämmiger Arbeiterinnen, die unter dem Motto »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« kämpften. Sie haben einen Tarifvertrag gewonnen, mit dem niemand gerechnet hat. Der Film zeigt, weshalb das möglich war.

No Other Choice

Ein Familienvater hat scheinbar alles: ein Haus, eine Familie und einen sicheren Job in einer Papierfabrik. Doch nach 25 Jahren wird er entlassen, weil die neue Firmenleitung auf KI und Automatisierung setzt. Auf der verzweifelten Suche nach einer neuen Anstellung greift er zu immer drastischeren Mitteln.



GEWERKSCHAFT@SOCIALMEDIA

Kämpf doch! Mit uns!

Für eine solidarische Zukunft – und alles, was dir wichtig ist.

TikTok

@jugend.dgb.de
@verdi_jugend
@jungengg
@igmetalljugend
@igbcejugend
@junge_gruppe_gdp

Instagram

@dgbjugend
@verdi_jugend
@jungengg_de
@igmetalljugend
@igbcejugend
@jungegruppegdp
@jungebau
@evg_jugend

MEHR GERECHTIGKEIT BITTE! — WEL

Die einen machen in der Krise Kasse, die anderen zahlen drauf. Dich nervt das und du willst, dass es gerechter zugeht. Nur wie genau? Mit Paragrafen, mit Zahlen, mit Menschenmassen oder mit geteilten Pommes? Mach den Test und finde heraus, mit welcher Superkraft du die Umverteilung von unten anschiebst.

So geht's: Pro Frage eine Antwort ankreuzen. Am Ende zählst du, welche Farbe am häufigsten vorkommt. Die Auflösung verrät dir deinen Typ.



Ende des Monats, Konto leer. Was geht dir durch den Kopf?

- ▲ Mit einem existenzsichernden BAföG und einer Vermögenssteuer wäre das gar nicht erst passiert.
- ▲ Ab zum Fairteiler und kurz in die WG-Kasse geschaut. Zusammen kommen wir durch den Monat.
- ▲ Das ist kein individuelles Problem, das hat System. Wir müssen endlich was dagegen unternehmen!
- ▲ Rund 80 Prozent der allein wohnenden Studis sind armutsgefährdet? Ich gehöre wohl dazu.

Du bekommst 500 Euro geschenkt. Was passiert damit?

- ▲ Ich lade meine Freund*innen zum Essen ein und setze es als Geschäftsessen von der Steuer ab. Wenn die Großen nicht zahlen, mach ich es auch nicht.
- ▲ Ich rechne aus, wie viele Monatsmieten das in meiner Stadt sind (max. eine) und teile die deprimierende Grafik.
- ▲ Ein Teil wandert in die WG-Kasse, der Rest in einen Solidaritäts-Topf für Leute, die's gerade brauchen.
- ▲ Ein Batzen geht an die Kampagne, die gerade für Umverteilung Druck macht.



Deine liebste Aktivität zum Thema in den sozialen Medien?

- ▲ Infografiken zur Vermögensverteilung speichern und weiterschicken.
- ▲ Zur nächsten Demo mobilisieren und die halbe Kontaktliste taggen.
- ▲ Threads über Steuerpolitik lesen und Falschbehauptungen höflich, aber bestimmt korrigieren.
- ▲ Foodsharing-Gruppen und Umsonstläden aus der Nachbarschaft posten.

Welcher Satz könnte glatt von dir sein?

- ▲ »Zeig mir die Zahlen, dann zeig ich dir das Problem.«
- ▲ »Teilen ist eine unterschätzte Superkraft.«
- ▲ »Allein änderst du nichts. Zusammen ändern wir alles.«
- ▲ »Gerechtigkeit ist auch eine Frage der richtigen Gesetze.«



Dein Beitrag bei der nächsten Hochschulgruppen-Sitzung?

- ▲ Ich habe Snacks für alle dabei und frage erstmal, wie's allen geht.
- ▲ Ich plane schon die nächste Aktion und verteile die Aufgaben.
- ▲ Ich bringe ein Steuerkonzept auf einem Bierdeckel mit.
- ▲ Ich habe Folien mit den aktuellsten Ungleichheits-Zahlen gebaut.

Du hast spontan eine Woche frei. Wohin soll's gehen?

- ▲ Zu Freund*innen oder auf ein Festival. Hauptsache viele Menschen.
- ▲ Alleine in die Natur – no more Over-Tourism.
- ▲ Irgendwohin mit spannender Geschichte, Museen und Dingen, die ich noch nicht wusste.
- ▲ In eine Hauptstadt. Ich will sehen, wie andere Länder ihre Gesellschaft organisieren.

Deine Playlist:

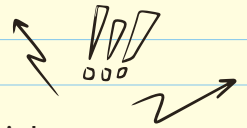
- ▲ Podcasts, Polit-Talks oder Konzeptalben mit Haltung.
- ▲ Irgendwas Nischiges, dann kann ich immer mal mit Nerd-Wissen glänzen.

Alltagssolidarische*

Organizer*in

Aufdecker*in

WELCHER TYP BIST DU?



- ▲ Songs mit Pathos, die man auf Demos, Konzerten oder mit zehn Leuten bei der Karaoke grölen kann.
- ▲ Alles außer Kommerz-Pop.

Wie kommst du am liebsten durch die Stadt?

- ▲ Egal wie – sharing is caring.
- ▲ Mit dem ÖPNV. Effizient, sinnvoll, für alle da.
- ▲ Zu Fuß. Die besten Gespräche entstehen auf dem Weg.
- ▲ Mit dem Fahrrad. Da sehe ich unterwegs wenigstens, was alles passiert.

Du bist im Restaurant. Was bestellst du?

- ▲ Eine große Platte für den ganzen Tisch.
- ▲ Das Tagesmenü. Klare Struktur, gutes Preis-Leistungs-Verhältnis.
- ▲ Etwas Neues. Ich möchte wissen, wie das schmeckt.
- ▲ Ich gehe nicht ins Restaurant, sondern zur Küche für alle.

Ein freier Samstag. Was passiert?

- ▲ Ich treffe Leute und am Ende entsteht spontan ein neues Projekt und die Nacht wird lang.
- ▲ Ich lese mich in irgendein Thema ein und verliere völlig das Zeitgefühl.
- ▲ Ich gebe ehrenamtlich Deutsch-Kurse.
- ▲ Ich arbeite endlich die Dinge ab, über die ich schon lange nachdenke.

In eurer WG muss ein neues Gerät angeschafft werden. Wer bist du?

- ▲ Die Person, die das Ding gebraucht gekauft hat.
- ▲ Die Person, die vorher zehn Testberichte gelesen hat.
- ▲ Die Person, die ein transparentes Regelwerk für die Nutzung vorschlägt.
- ▲ Die Person, die alle an einen Tisch holt, damit gemeinsam entschieden wird.

Die Schlange in der Mensa ist heute ewig lang.

Was machst du?

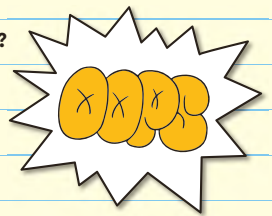
- ▲ Ich beobachte Menschen und stelle statistische Überlegungen an, warum genau heute alle hier sind.
- ▲ Ich halte den Platz für Freund*innen frei, die später kommen.
- ▲ Ich suche die effizienteste Alternative.
- ▲ Ich treffe garantiert jemanden und quatsche mich durch die Wartezeit.

Welche Superkraft würdest du wählen?

- ▲ Jede Frage korrekt beantworten können.
- ▲ Menschen für eine gemeinsame Sache begeistern.
- ▲ Dafür sorgen, dass sich niemand allein fühlt.
- ▲ Jede komplizierte Regel sofort verstehen.

Welcher Character wärest du in einer Serie?

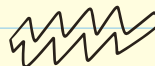
- ▲ Sheldon Cooper
- ▲ Marge Simpson
- ▲ Wednesday Addams
- ▲ The Mandalorian



Du kommst auf eine Party, auf der du niemanden kennst.

Wie läuft's?

- ▲ Ich kenne am Ende die Hälfte der Leute beim Namen.
- ▲ Nach zehn Minuten diskutiere ich mit irgendwem über ein überraschend spezifisches Thema.
- ▲ Irgendwann sitze ich mit einer kleinen Runde in der Küche und höre zu.
- ▲ Ich habe schon drei spannende Geschichten aufgeschnappt.



Du bist der Steuer-Nerd mit Herz. Während andere sich nur aufregen, schreibst du in Gedanken schon das bessere Gesetz. Du kennst den Grundfreibetrag auswendig und kannst in zwei Sätzen erklären, warum bei einer vermögungssteuerrückbildung 95 Prozent der Leistung weniger zahlen würden. Vorsicht: Nicht alle lassen sich von einer Tabelle überzeugen, manchmal braucht Gerechtigkeit eben auch die Straße. Aber deine Zahlen und Konzepte sind Gold für jede Kampagne. Bring sie unbedingt mit.

Umverteiler*in



AUFLÖSUNG

Welche Farbe kommt bei deinen Antworten am häufigsten vor?



LERNEN, WAS DICH WEITERBRINGT! UNSER BILDUNGSPROGRAMM

In der DGB-Jugend lautet das Credo: Solidarisch lernen. Gemeinsam handeln. Unser Jugendbildungsprogramm verbindet dafür politische Bildung, gewerkschaftliches Know-how und persönliche Qualifizierung mit Themen, die im Studium, im Alltag und im Engagement wirklich relevant sind.

Für Studierende besonders spannend sind Seminare zu Arbeits- und Sozialrecht, BAföG, gewerkschaftlichem Engagement an Hochschulen und der TVStud-Bewegung. Ergänzt wird das durch praxisnahe Trainings zu Kampagnenarbeit, Organizing, Argumentieren gegen Rechts, Rhetorik, Visualisierung und politischer Kommunikation auf Social Media. Viele Seminare sind kostenfrei oder stark vergünstigt, oft gibt es Fahrtkostenerstattung, und zahlreiche Formate sind als Bildungsurlaub anerkannt.



← HIER FINDEST DU
DAS GESAMTE BILDUNGSPROGRAMM

DGB-Jugend, Bildung & Studierende — das passt zusammen

Komm zu uns nach Hattingen! Drei beispielhafte Seminare

Arbeits- & sozialrechtliche Beratung

Neben dem Studium arbeiten? Dann kennst du Fragen zu Arbeitsrecht, Steuern & Sozialversicherung wahrscheinlich nur zu gut. Im Seminar bekommst du das nötige Grundlagenwissen, stärkst deine Beratungskompetenz und lernst, worauf es in Beratungssituationen ankommt.

Aktiv auf dem Campus

Schon am Campus aktiv oder mit anderen Studierenden etwas aufbauen? Dieses Seminar gibt dir Einblicke in gewerkschaftliche Strukturen rund um Hochschule und Studium, in Mitbestimmung und Aktionsplanung sowie in den Aufbau einer lebendigen Hochschulgruppe.

TVStud – Tarifvertrag jetzt

Her mit dem Tarifvertrag? Genau darum geht's hier. Du bekommst Einblicke in den aktuellen Stand von TVStud, lernst mehr über Organizing, Tarifverhandlungen und die Rolle von Tarifkommissionen.



← HIER KANNST DU DICH
DIREKT ANMELDEN





Du studierst, jobbst oder machst ein Praktikum? Fragst dich, was hier deine Rechte sind? Lohn? Urlaub? Krankmeldung? Arbeitszeiten?

Dann bist du bei uns goldrichtig! Wir sind die DGB-Jugend und in unserem Online-Beratungsforum zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragen speziell für Studierende kannst du dir jederzeit Hilfe holen – unbürokratisch, anonym und kostenlos.

Die Online-Beratung der DGB-Jugend für Studierende – rund um Job und Praktikum.



jugend.dgb.de/studium/beratung



Wissenschaft unter Druck: Die erste Bildungsstreikwoche Deutschlands

**Ein Bericht von Daniel Hornburg
DGB-Jugendbildungsreferent,
Region SüdOstNiedersachsen**

Es ist ein Montagmorgen im Januar auf dem Zentralkampus der Georg-August-Universität Göttingen. Eigentlich beginnt jetzt die erste Vorlesung des Tages, Studierende hetzen mit Kaffee in der Hand durch die Flure, Tutorien werden vorbereitet und in den Büros der Institute stapeln sich die Mails. Doch in dieser Woche war etwas anders.

Im Büro des Personalrats der Universität treffen sich Aktive der Gewerkschaft ver.di. Studierende, Beschäftigte der Universität und Dozierende stecken die Köpfe zusammen und besprechen das Vorgehen für die Bildungsstreikwoche. Eine riesige Excel-Tabelle wird über einen Beamer an die Wand gestrahlt. In der Tabelle sieht man alle Institute und Abteilungen der Universität. Das Ziel ist es, mit möglichst vielen Kolleg*innen ins Gespräch zu kommen und sie für den bundesweiten Hochschulaktionstag am Mittwoch zu gewinnen.

Worum ging es eigentlich?

Zu diesem Zeitpunkt befinden wir uns mitten in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L). Die Gewerkschaften fordern 7 Prozent mehr Gehalt und auch die Beschäftigten an der Uni in Göttingen wollen sich für diese Forderung stark machen.

Die Tarifrunde der Länder betrifft Hunderttausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst: von Lehrer*innen über Verwaltungsangestellte bis hin zu den Beschäftigten an Hochschulen. Auch wenn die Tarifaussensatzung deutliche Lohnsteigerungen zum Ziel hatte, ging es um wesentlich mehr. Ein Bündnis aus DGB-Gewerkschaften, der TV-Stud Initiative, dem freien Zusammenschluss von student*innen-schaften (fzs) und dem Netzwerk für gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAwiss) hat aufgerufen, für bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen und für eine gesicherte Ausfinanzierung der Hochschulbildung bundesweit zu demonstrieren.

Viele der Probleme, die beim Hochschulaktionstag angesprochen werden, kennen Studierende aus ihrem Alltag: Zu volle Seminare, überlastete Lehrende, ständig wechselnde Ansprechpartner*innen, befristete Verträge, schlecht bezahlte Hilfskraftstellen und ein enormer Leistungsdruck.

Durch die Inflation steigen die Lebenshaltungskosten, die Mensapreise und auch die Preise für Wohnraum, insbesondere in der Universitätsstadt Göttingen. Die Semesterbeiträge belasten Studierende so sehr wie nirgendwo anders in der Bundesrepublik. Aktuell zahlt man 484 Euro pro Semester, nur um immatrikuliert zu sein.

Beim Hochschulaktionstag sollen diese lokalen und bundesweiten Missstände adressiert werden, mit Massendemonstrationen und Streiks. Und um von der Politik gehört zu werden, braucht man viele Protestierende.

Arbeitsstreiks

Damit möglichst viele Kolleg*innen an der Universität am Hochschulaktionstag teilnehmen, muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Die ver.di-Aktiven ziehen nach dem Jour fixe im Personalratsbüro in Zweiergruppen über den gesamten Campus. In allen Instituten und Abteilungen gehen die Aktiven durch die Büros und versuchen in persönlichen Gesprächen die Kolleg*innen aus der Passivität zu holen und für den Tarifikampf zu begeistern. Wenn Büros nicht besetzt sind, werden die Streikaufrufe mit Tesafilm an die Türen geklebt.

Am Ende des Tages kommen die Teams noch mal zusammen und tragen in ihre Excel-Tabelle ein, wo wie viele Kolleg*innen erreicht wurden und wo man morgen weitermachen kann. Alle beteiligten Beschäftigten tragen sich in die Streikliste ein, damit sie den Verdienstausschuss für den heutigen Tag erstattet bekommen. Denn so ein Arbeitsstreik findet selbstverständlich während der Arbeitszeit statt und die Gewerkschaft sorgt dafür, dass etwaige Verdienstausschüsse zu einem guten Teil ausgeglichen werden. Diese Arbeitsstreiks sind essenziell, um möglichst viele Beschäftigte zum Aktionstag auf die Straße zu bringen. Und genau das hat in Göttingen funktioniert.

Betreuungs- und Bildungsstreiks

Ein weiterer Teil der Strategie umfasste den einwöchigen Bildungsstreik – übrigens ein Novum in der bundesdeutschen Geschichte. Während der gesamten Woche wurden Dozierende aus dem akademischen Mittelbau dazu aufgerufen, ihre Seminare und Vorlesungen aktiv zu bestreiken. Ungefähr 60 Lehrveranstaltungen mussten in dieser Woche ausfallen. Damit der Wegfall der Bildungsveranstaltungen keinen Unmut bei den circa 2.000 betroffenen Studierenden verursacht, gab es eine Muster-E-Mail über die Gründe des Streiks, welche an die jungen Akademiker*innen versendet wurde. Für Protest gegen die Unterfinanzierung der Lehre, steigende Semesterbeiträge und Mensa-Preise gab es größtenteils Verständnis innerhalb der Studierendenschaft.



Gerade im Soziologie-Institut konnte man sich auch auf den Erfolg vorheriger gewerkschaftlicher Aktionen beziehen. Ein Jahr zuvor erreichte die Gruppe »Göttingen Unbefristet« einen durchschlagenden Erfolg: Anfang 2025 betreuten die wissenschaftlichen Mitarbeitenden der sozialwissenschaftlichen Fakultät für fünf Monate keine Abschlussarbeiten mehr. Damit konnten Master- und Bachelorarbeiten ausschließlich bei den Professor*innen geschrieben werden. Erst durch diese Drohkulisse hat die Universitätsleitung eingelenkt und vier unbefristete Stellen für wissenschaftliche Mitarbeitende im Institut geschaffen. Damit gab es endlich Dauerstellen für Daueraufgaben.

Das hat gezeigt, dass auch im Wissenschaftsbetrieb gewerkschaftliche Aktionen zu Erfolgen führen, wenn man bereit ist, auch mal ungemütlich zu werden. Genau deshalb setzen Gewerkschaften auf Arbeitsniederlegungen: Nicht, weil Beschäftigte »einfach keine Lust zu arbeiten« hätten, sondern weil ein Streik Druck erzeugt. Wenn Veranstaltungen ausfallen oder Abläufe stocken, merken auch Politik und Arbeitgeber, dass die Forderungen nicht ignoriert werden können.

Der Hochschulaktionstag

Die persönliche Ansprache durch die Aktiven während der Arbeitsstreiks zeigte ihre Wirkung: Während bei den vorherigen Tarifverhandlungen im Jahr 2023 knapp 30 Beschäftigte der Universität Göttingen am Arbeitskampf teilgenommen haben, konnten wir zum Hochschulaktionstag ungefähr 300 Beschäftigte und Studierende auf die Straße bringen. Damit hatten wir zwischen den Tarifrunden eine Verzehnfachung der Streikenden erzielen können.

An diesem eiskalten Mittwoch war der Boden mit einer dicken Schicht Schnee bedeckt und schon frühmorgens kamen die Aktiven von ver.di auf dem Campus zusammen und machten alles für die Streikkundgebung bereit. Mit Schneeschippen wurde der Boden von einer rutschigen Schnee- und Eisschicht befreit. Pavillons werden aufgebaut, Tische auseinandergeklappt und Boxentürme werden für die Bühne aufgestellt. Trotz der eisigen Temperaturen kommen Hunderte vor dem Campus zusammen. Studierende, Dozierende, Verwaltungskräfte, Professor*innen und andere Beschäftigte stehen Seite an Seite auf dem Campus.



Zusammen warten die Kolleg*innen auf den Demozug der benachbarten Universitätsmedizin Göttingen (UMG). 700 Kolleg*innen der UMG laufen auf dem Campus der Universität auf und anschließend zieht der gemeinsame Protestmarsch von Beschäftigten der Uni und der UMG mit über 1.000 Teilnehmenden durch die verschneite Göttinger Innenstadt.

Die Forderungsübergabe

Das Ziel der Demonstration ist der zentral gelegene Wilhelmsplatz. Dort ist das Büro des Präsidenten der Universität Prof. Dr. Axel Schölmerich. Auf dem Weg dorthin solidarisierten sich die Bewohner*innen des Wohnprojektes in der Roten Straße mit den Streikenden. Es wurden Bengalos und Rauchfackeln aus den Fenstern des Wohnprojektes gestreckt und die Menge rief lautstark Parolen.

Am Wilhelmsplatz angekommen, übergaben die Streikenden dem Präsidenten der Universität ihren Forderungskatalog. Unbefristete Stellen für Daueraufgaben, eine ausreichende Finanzierung von Forschung und Lehre und einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte waren einige der Forderungen. Etwas perplex nahm Prof. Dr. Schölmerich die Forderungen entgegen und man merkte, dass er nicht so richtig wusste, was er sagen sollte. Wahrscheinlich hatte er wieder mit 30 Leuten gerechnet, so wie es vor drei Jahren war.

Mehr als nur eine Streikwoche

Letztlich wurden durch diese Woche des Arbeitskampfes Forschung und Lehre zwar nicht revolutioniert, aber die Bildungsstreikwoche hat etwas sichtbar gemacht, das im normalen Semesterbetrieb oft untergeht: Hochschulen funktionieren nicht von allein. Damit Forschung und Lehre funktionieren können, braucht es Beschäftigte, die ihre Arbeit machen.

Das ist der Hebel, an dem wir beim nächsten Mal stärker ansetzen sollten. Mit breiten Bündnissen aus Studierenden und Beschäftigten, sowie einer bundesweiten Bildungsstreikwoche können wir unsere Ziele gemeinsam erreichen. Bis dahin organisieren sich die Aktiven der Universität in einer neu gegründeten ver.di-Betriebsgruppe und planen schon die nächsten Aktionen bis zur kommenden Tarifrunde.

Katrin ist promovierte Psychologin. Seit 2024 ist sie Vorsitzende des Personalrats der Universität Göttingen und aktiv bei ver.di.



Wie kommt es, dass du dich gewerkschaftlich an der Uni engagierst? Ich bin noch gar nicht so lange ver.di-Mitglied, ich meine seit 2022. Ich war früher tatsächlich eher auf der Arbeitgeberseite, ich war in der Abteilung Personalentwicklung. Da habe ich gemerkt, dass seit Corona so einiges schief läuft und die Rechte von Arbeitnehmer*innen immer weiter beschnitten werden. Darum hatte ich mich entschieden, zu wechseln und Verantwortung für meine Kolleg*innen zu übernehmen. Darum bin ich jetzt im Personalrat.

Was sind die drängendsten Probleme an der Uni? Meiner Meinung nach ist die Nutzung von Eingruppierungsspielräumen im Verwaltungsbereich ein ganz drängendes Problem. Die Entgeltordnung im Tarifvertrag gibt da eigentlich einiges her, aber das nutzen wir nicht aus. Im Gegenteil, man versucht gerade, weil man ja ein Wissenschaftsbetrieb ist, bei den Verwaltungskräften zu sparen. Und da muss was passieren im Verwaltungsbereich. Wir müssen die Stellen attraktiver gestalten und besser bezahlen, weil auch wir kriegen nicht mehr jede Stelle besetzt.

Was ist dein Eindruck von der Bildungsstreikwoche? Ich finde das ist eine gute Idee. Insbesondere weil ich mir die Frage gestellt hatte, wie wir die wissenschaftlichen Mitarbeitenden da mit ins Boot holen können. Die sollen ja ständig arbeiten rund um die Uhr. Wenn die da mal einen Tag streiken, fällt es ja gar nicht ins Gewicht. Und von daher fand ich die Idee ziemlich klug zu sagen, dass dann gleich direkt eine ganze Woche bestreikt wird und somit alle Lehrveranstaltungen. Dadurch werden der Druck und der Ernst spürbar. Außerdem haben wir es gut geschafft, einen Schulterschluss mit den Studierenden zu etablieren, weil sowas sonst auch schnell gegeneinander ausgespielt wird. Aber bei uns haben alle zusammengehalten.

Was war dein Highlight? Also für mich war es der Hochschulaktionstag, definitiv. Ich glaube, in Summe war es einfach dieser Schulterschluss zwischen studentischen Beschäftigten, Studierenden und anderen Beschäftigtengruppen. Auch wie alle zusammen in der Vorbereitung gemeinsam auf dem Campus unterwegs waren bei den Arbeitsstreiks. Und wie sich das alles kumuliert hat am Hochschulaktionstag und wie wir diese beeindruckende Zahl an Menschen hatten, die durch die Straßen gelaufen sind und die dann auf dem Wilhelmsplatz standen und dem Präsidenten unsere Forderungen überreicht haben. Das war schon ein mega schöner Moment.

Wie können wir als gewerkschaftlich Aktive an der Uni diese Probleme adressieren? Wir brauchen eine kritische Zahl von Akteuren, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Vor allem aus dem wissenschaftlichen Dienst, aber auch bei den Studierenden und den studentischen Beschäftigten. Man braucht regelmäßige Treffen und muss Schritt für Schritt eine Gruppe von Aktiven aufbauen.

Wie hat euch eure Gewerkschaft, die ver.di, bei eurem Plan unterstützt? Die Zusammenarbeit mit ver.di war wichtig, weil da natürlich sehr viele erfahrene Leute sitzen, die sich mit dem Streikrecht auskennen und uns dementsprechend über die Rechtsprechung während des Arbeitskampfes beraten konnten.



Tim studiert Arbeitssoziologie im 4. Semester. Seit 11 Monaten ist er an der Universität Göttingen beschäftigt – im Institut und in einem mit Drittmitteln finanzierten Projekt. Tim ist aktiv bei der TV-Stud Bewegung.



Wie kommt es, dass du dich gewerkschaftlich an der Uni engagerst? Ich studiere Arbeitssoziologie und habe nicht sonderlich Lust auf die Management-Schiene. Da bleibt einem ja nicht viel anderes übrig, als sich gewerkschaftlich zu betätigen. Irgendwann wurde ich zur ver.di-Betriebsversammlung an der Uni eingeladen und dachte mir: »Ich arbeite hier und es findet Arbeitskampf statt. Natürlich bin ich dabei!«

Was sind die drängendsten Probleme an der Uni? Als studentische Beschäftigte werden wir im Finanzplan der Uni in die Kategorie »Sachmittel« eingeordnet und dementsprechend haben wir kein Mitspracherecht im Personalrat, werden nicht nach Tarif bezahlt und werden in der Regel für 12 Monate befristet eingestellt. Darum brauchen wir einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. In Berlin gibt es einen und da sind die Arbeitsbedingungen viel besser.

Wie können wir als gewerkschaftlich Aktive an der Uni diese Probleme adressieren? Ich würde sagen, dass Befristung ein großes Problem ist bei der gewerkschaftlichen Organisierung an der Uni. Wenn Beschäftigte nicht wissen, wie lange sie im Betrieb bleiben können, sinkt ihre Motivation, sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzusetzen. Darum müssen wir als Gewerkschafter*innen gucken, inwiefern wir den Rahmen von tariflichen Auseinandersetzungen verlassen bzw. erweitern können, damit wir umfänglicher unsere Forderungen platzieren können. Außerdem sollten Studierende und verbeamtete Professor*innen mit in unsere Strategie eingebunden werden.

Was ist dein Eindruck von der Bildungsstreikwoche? Wenn man politische Aktion und einen Streik zusammendenkt, kann man viel erreichen. Wir haben uns auch explizit an andere Studierende gerichtet. Mit den hohen Mensapreisen und Semesterbeiträgen kann man gut Leute mobilisieren. Letztlich sind am Hochschulaktionstag Studierende, Beschäftigte, der Mittelbau und auch die Kolleg*innen der UMG zusammengekommen und dabei ist klar geworden, dass wir ganz viele Probleme teilen, allen voran das Finanzierungsthema. Da können wir zusammen Druck machen.

Was war dein Highlight? Meine Highlights waren der Hochschulaktionstag und die Forderungsübergabe. Ich fand das ganz interessant, dass der Uni-Präsident unsere Forderungen nicht öffentlich unterstützt hat. Schließlich fordern wir nur eine Einhaltung geltender Tarifverträge an der Uni und mehr Geld vom Land und vom Bund. Da hätte er sich auch dahinter stellen können.

Wie hat euch eure Gewerkschaft, die ver.di, bei eurem Plan unterstützt? Erstmal sind wir mit einer fantastischen Jugendsekretärin gesegnet gewesen. Wir haben infrastrukturell alles bekommen, was Gewerkschaften leisten können: gemeinsame Reise zu Kundgebungen in andere Städte, Material für Infostände und Pavillons, Essen, Kaffee und ganz viel Organisation im Hintergrund. Das war wirklich genial.

Carlos studiert Sustainable Development Studies im 7. Semester. Seit 8 Monaten ist er für Lehrstuhlaufgaben studentisch beschäftigt an der Universität Göttingen. Carlos ist aktiv bei der TV-Stud-Bewegung.



Wie kommt es, dass du dich gewerkschaftlich an der Uni engagerst? Ich bin schon länger Gewerkschaftsmitglied gewesen und zufällig auf die TV Stud Initiative gestoßen. Ich finde, dass gewerkschaftliche Arbeit an der Uni ein spannendes Feld ist. Irgendwann gab es dann die Einladung zur ver.di-Betriebsversammlung und da bin ich einfach hingegangen. Seitdem bin ich aktiv dabei, für bessere Arbeitsbedingungen an der Uni zu kämpfen.

Was sind die drängendsten Probleme an der Uni? Unterfinanzierung ist das zentrale Thema an deutschen Hochschulen. Unsere Vorgesetzten wollen nicht wenig bezahlen oder befristen, sondern es gibt strukturelle Gründe, weswegen die Arbeitsbedingungen so sind, wie sie sind. Das führt dazu, dass man nie weiß, was nächstes Semester passiert und wie wir nächstes Semester die Projekte finanzieren.

Wie können wir als gewerkschaftlich Aktive an der Uni diese Probleme adressieren? Die Studierendenschaft und die Beschäftigten der Uni sollten mehr an einem Strang ziehen. Dafür brauchen wir etwas, um Studierende mehr anzubinden für einen gemeinsamen Kampf. Der Hochschulaktionstag war dafür ein tolles Beispiel. Alles wird teurer, weil die Finanzierung nicht passt. Das gilt auch für die Lehre. Und dieses Thema sollte man besser darstellen und klarmachen: die Qualität eurer Bildung hängt da dran.

Was ist dein Eindruck von der Bildungsstreikwoche? Trotz Stress und Prüfungsdruck hatten die meisten Studierenden Verständnis für die Streikwoche. Mit dem Hochschulaktionstag konnten wir das Thema hohe Preise und schlechte Arbeitsbedingungen hervorheben und hatten viel Support erhalten. Es war etwas schwierig, andere studentische Beschäftigte zu mobilisieren, weil viele im Homeoffice arbeiten. Darum haben wir versucht die Ansprache über E-Mail-Verteiler laufen zu lassen. Das hat richtig gut geklappt.

Was war dein Highlight? Mein persönliches Highlight war der Hochschulaktionstag und die gemeinsame Forderungsübergabe an den Uni-Präsidenten.

Wie hat euch eure Gewerkschaft, die ver.di, bei eurem Plan unterstützt? Durch die Vorarbeit von ver.di hatten wir genug Zeit, um uns neue Konzepte zur Ansprache zu überlegen. Sonst hätten wir zu viel Zeit mit Organisatorischem verbracht.



JOIN!



Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Die IG BAU organisiert die Beschäftigten im Baugewerbe, in der Baustoffindustrie, der Abfallentsorgung, der Land- und Forstwirtschaft, im Gartenbau und in der Gebäudereinigung. Außerdem Teile des Handwerks, zum Beispiel Dachdecker*innen, Maler*innen und Lackierer*innen. igbau.de/Junge-BAU



Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Die IG BCE ist da für die Beschäftigten aus den Branchen Bergbau, Chemie, Energie, Papier, Kautschuk, Keramik, Leder und Glas. jugend.igbce.de



Industriegewerkschaft Metall

Die IG Metall organisiert Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie, im Stahl, im Kfz-Handwerk, der Textilindustrie sowie im Bereich Holz und Kunststoff. igmetall-jugend.de

We are Family

Der DGB vereint 8 Mitgliedsgewerkschaften, die für unterschiedliche Branchen und Berufszweige zuständig sind. Insgesamt vertreten sie fast 6 Millionen Menschen. Mitglied wirst du in der Gewerkschaft, die für den Bereich zuständig ist, in dem du tätig bist.



Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Die NGG vertritt die Interessen der Arbeitnehmer*innen im Gastgewerbe, in der Nahrungsmittelindustrie, in der Getränkewirtschaft und in der Tabakindustrie. junge.ngg.net



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Die EVG organisiert einige Berufsgruppen innerhalb der Verkehrsbranche. Dazu gehören unter anderem die Deutsche Bahn, aber auch Seilbahnen und Fähren. evg-online.org/jugend



Gewerkschaft der Polizei

Die GdP ist da für die Beschäftigten bei der Polizei, dem Zoll sowie im Strafvollzug. gdpgj.de



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Die GEW ist die Gewerkschaft für pädagogische, sozialpädagogische und wissenschaftliche Berufe an Schulen, Hochschulen und anderen Einrichtungen. gew.de

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Die ver.di ist die Gewerkschaft für alle Dienstleistungsberufe: öffentlicher Dienst, Banken, Handel, Gesundheit und Pflege, Wissenschaft, soziale Arbeit, Medien, Telekommunikation, Post und Logistik sowie Verkehr (Schifffahrt, Luftverkehr, ÖPNV). verdi-jugend.de



→ **JETZT MITGLIED WERDEN!**
jugend.dgb.de/mitglied-werden

V.i.S.d.P.

Nina Krüger, DGB-Bundesjugendsekretärin

Herausgeber

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Keithstraße 1, 10787 Berlin

Konzept und Text

DGB-Bundesvorstand Abteilung Jugend und Jugendpolitik in Zusammenarbeit mit goldenbogen. politische kommunikation

Gestaltung

4S Design

Druck

DCM Druck Center Meckenheim GmbH, gedruckt auf Circle offset white, 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

August 2026

Fotos

Titel: sorsillo/istockphoto.com, Siriporn Supmool/istockphoto.com, Anastasiia/stock.adobe.com, S. 2: Kay Herschelmann, S. 3: Frank Thon, S. 4: KI-generiert mit Adobe Firefly, S. 5: WCR280/alamy.de, S. 6: lishakov/unsplash.com, S. 7: urbazon/istockphoto.com, S. 8: timnewman/istockphoto.com, S. 9: Frazao Studio Latino/istockphoto.com, S. 10: izusek/istockphoto.com, S. 11: AleksandarNakic/istockphoto.com, avocoon/unsplash.com, S. 12: scottiewarman/unsplash.com, S. 13: Dejan Krstevski/istockphoto.com, S. 16: fandrejevic/unsplash.com, S. 19: maddyhuntphoto/unsplash.com, S. 20: Rawpixel/istockphoto.com, S. 21: Khosrork/istockphoto.com, S. 22: Rawpixel/istockphoto.com, S. 23: simonkr/istockphoto.com, Rawpixel/istockphoto.com, S. 24: den-belitsky/istockphoto.com, S. 25: introspectivedsgn/unsplash.com, zackot-

to126/unsplash.com, S. 26: kaboompics/unsplash.com, Grosescu Alberto Mihai/istockphoto.com, yaroslav_muzychenko/unsplash.com, S. 28: Softulka/istockphoto.com, S. 31: AnnaStills/istockphoto.com, S. 32 + 33: Denis Novikov/istockphoto.com, S. 37: Ирина Мещерякова/istockphoto.com, S. 38 + 39: Daria Novikova/istockphoto.com, Olena Zhuravska/istockphoto.com, S. 40: Christoph Kniel, S. 41: fotografixx/istockphoto.com, S. 42: Marvin Hopp, ver.di Betriebsgruppe Universität Göttingen, S. 43: Daniel Hornburg, S. 44: Marvin Hopp, ver.di Betriebsgruppe Universität Göttingen, S. 45: Daniel Hornburg, S. 47: Kay Herschelmann

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ dar. Die Verantwortung für den Inhalt der Veröffentlichung liegt bei der Autorin/dem Autor.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Im Rahmen des:





SOLIDARITÄT GEHT IMMER!